

Leider mehr Zukunft für die Nazis als für ihre Gegner

## Nach dem 4. Juni in Dortmund

Die Polizei erschien erstmals mit Bergepanzern, Unmengen von Tränengas und nicht erkennbarer weiterer Bewaffnung. Ihre Behauptung, sie schütze das Demonstrationsrecht, ist unglaublich. Geschützt wurden die Nazis, den Bürgern wurde das Demonstrationsrecht genommen. Eine derartig demonstrative Parteinahme des Innenministers Ralf Jäger (SPD) für die Rechte der Nazis war selten feststellbar. Jäger ist Chef der Polizeipräsidenten der Städte an Rhein und Ruhr, seine Behauptung, er träte den Rechten auf die Füße, hat er immer wieder mit Fußstritten für die Demokraten konterkariert. So mit der Versendung von Schriften an alle Schulen, mit denen den Schülerinnen und Schülern die Losung »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« untersagte, weil sie Bürgern angeblich ihre Grundrechte streitig machten.

Die etablierten Kräfte um den Oberbürgermeister und um die Kirchenvertreter Dortmunds vertraten eine provinzielle Kirchturmspolitik nach dem Motto: Nazis raus aus unserer Stadt, überall hin, aber nicht bei uns. Mit dieser falschen Position konnten sie dennoch nicht durchdringen, die militarisierte Polizei stand dagegen. Dies auch dann, wenn sie der de-facto-Übung der »zivil-militärischen Zusammenarbeit« Respekt zollten.

Der Nazi-Tag »der deutschen Zukunft« am 4. Juni fand in einer Zeit statt, da die Haltung der »Mitte« zu den Rechten neu bestimmt wird. Es ist nicht zu übersehen: Sowohl die Politiker der Mitte als auch die der Rechten denken über eine mögliche Situation nach dem Urteil von Karlsruhe und nach der Bundestagswahl nach. Eine Situation, in der die Nazis der NPD nicht verboten sind und die

Am Nazi-Tag »der deutschen Zukunft«, dieses Mal in Dortmund, standen 900 Nazis und 6.000 Polizisten aus ganz Deutschland gegen 3.000 bürgerliche und gewerkschaftliche Demonstranten, 2.000 von »BlockaDO«, rund 100 Künstler mit »Spiegelwürfeln« für friedliche Blockaden, ferner tausende Platzbesetzer.



Mit einer »Spiegelbarrikade« protestierte das Künstlerkollektiv »Tools for Action« gegen den Nazi-Tag »der deutschen Zukunft« am 4. Juni in Dortmund. Foto: r-mediabase

Nazifreunde der AfD unter Umständen als Koalitionspartner in Frage kommen, weil andere Kombinationen nicht mehr möglich erscheinen. Zugleich gibt es den Dauerkonflikt um die Flüchtlingsfrage, vor deren Hintergrund rechte und rassistische Massenbewegungen wachsen. Gegen sie will die »Mitte« partout nichts unternehmen. In dieser Situation wäre es allerdings völlig verkehrt, etwa die Stadt Dortmund, die SPD und die Grünen zu den Schuldigen an der Dortmunder Entwicklung zu erklären. Sie benehmen sich schwächlich, reden unisono mit der Polizei von »rechts gleich links« und beschimpfen »gewaltbereite Reisekader«, aber ihre Losung »bunt statt braun« ist dennoch eine Losung der Vernunft und der Menschlichkeit.

Wir müssen hingegen betonen und fragen: Wurde hier nicht eine

Notstandsübung abgeliefert, um zu zeigen: Die Polizei braucht keine Bundeswehr, um im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit Unruhen zu bekämpfen. Es wird den Nazis neuerdings und betont das »verfassungsmäßige Recht« zu demonstrieren bescheinigt; nicht irgendwelchen Rechtsextremen; man beachte den Unterschied: Sowohl die Polizei als auch die Nazis bezeichnen derzeit die Rechten ausdrücklich als Nazis. Es gibt aber kein Grundrecht für Nazi-Propaganda! Artikel 139 mit der Absage an den Nationalsozialismus steht noch immer im Grundgesetz.

Der 4. Juni in Dortmund hatte viele zusätzliche Facetten zum Üblichen – sowohl negative wie positive. Zu den negativen gehört auch, dass den Nazis gestattet wurde, am sogenannten VVN-Denkmal in Dortmund-Huckarde aufzumarschieren. Die Polizeisprecher sagten, die Beamten hätten doch aber das Denkmal beschützt. Ja, aber indem sie auf ihm herumtrampelten. Das Denkmal ist den Opfern der Karfreitagsmorde von 1945 in der Bittermark und dem Rombergpark gewidmet. Dort versammeln sich jedes Jahr tausende Dortmunder, um der Opfer zu gedenken und das »Nie wieder« zu bekräftigen.

### Inhaltsverzeichnis

FIR: Stopp dem Revisionismus	2
Proteste gegen AfD-Bundesparteitag	3
Protestcamp gegen Abschiebelager	4
Aktion gegen »Integrationsgesetz«	5
Filmreihe zu Spanienkrieg	6
Berlin: Besetztes Mahnmahl	7
Begleitdienst für NS-Verfolgte	9
Gingold-Straße gefordert	10
1946: Gewerkschaftlicher Neubeginn	11
Bericht Bundeskongress	14
Datenbank zum Nationalsozialismus	15

Diese Haltung prägt auch den Umgang großer Teile der Öffentlichkeit Dortmunds mit der Naziszene. Diese ist isoliert. Zehntausende Dortmunderinnen und Dortmunder haben am 4. Juni ihre Straßen und Plätze besetzt, um sie den Nazis zu verweigern. Dass die Polizei bis zum Morgen des 4. Juni der Öffentlichkeit die Auskunft darüber verweigerte, wo der Naziaufmarsch stattfinden sollte, und dass sie dann ausgerechnet die Stadtteile Dorstfeld und Huckarde, die Lieblingsorte der Faschisten, aber auch die Orte mit dem meisten Widerstand gegen sie, für die Nazis freigab, das wurde allgemein als empörend empfunden.

Dortmund zeigt nicht erst seit Beginn der neuen Willkommenskultur für Flüchtlinge eine große Bereitschaft, ihnen zu helfen. Die Versuche der Nazis, in Dortmund Stimmung zu machen gegen die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger, schlugen weitgehend fehl.

Am 4. Juni präsentierten zudem die Künstler und Schauspieler der Stadt eine neuartige antifaschistische Aktionsform. Das Künstlerkollektiv »Tools for Action« organisierte eine »Spiegelbarrikade«. Viele Dutzend in wenigen Minuten aufblasbare silberglänzende Würfel aus Plastik kamen zum Einsatz. Eine solche friedliche und gewaltlose Blockade- und Protestaktion überforderte die Polizei aus ganz Deutschland erheblich. Sie stach mit Messern auf die Würfel ein und verletzte die Trägerinnen und Träger mit Reizgas. Trotzdem ist zu hoffen, dass sich die Künstler nicht entmutigen lassen und weiter mitmachen.

Ulrich Sander

Die Bundesvereinigung der VVN-BdA und die Berliner VVN-BdA sind umgezogen. Die neuen Kontaktdaten lauten:

Postanschrift: Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin

Telefon und Fax: VVN-BdA Bundesvereinigung  
Telefon: 030-55579083-2, Fax: 030-55579083-9

Weitere Anschlüsse, Telefon:  
- Zeitschrift »antifa«: 030-55579083-5

- Fédération Internationale des Résistants -  
Association Antifasciste (FIR): 030-55579083-4

- Berliner VVN-BdA, Telefon: 030-55579083-0  
Fax: 030-55579083-8

Für Besucher: U-Bahn-Haltestelle  
»Magdalenenstraße«, das Büro ist in der  
Magdalenenstraße auf der linken Seite,  
Eingang über den Hof.

Erklärung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)

# Stoppt den historischen Revisionismus

71 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg sieht die FIR mit großer Sorge ernsthafte Probleme in mehreren europäischen Ländern, vor allem in Mittel- und Osteuropa (Polen, Baltikum, Ungarn, der Ukraine und Kroatien) aufgrund der geschichts-revisionistischen Tendenzen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Denkmäler der Befreier demontiert oder durch die gegenwärtigen politischen Regierungen zerstört werden wie in Polen, Kroatien und der Ukraine.

Es ist nicht hinnehmbar, dass der heroische Kampf der Partisanen und Widerstandskämpfer denunziert und dessen Bedeutung in der Öffentlichkeit abgewertet wird.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn der Faschismus mit dem Kommunismus oder die Führer der antifaschistischen Siege mit NS-Verbrechern verglichen werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Nazi-Kollaborateure und SS-Soldaten hoch geehrt werden wie in balti-

schen Staaten und in der Ukraine und sie als »Freiheitskämpfer« bezeichnet werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die heutigen Generationen mit fehlerhaften Informationen und revisionistischen Ansichten über den Kampf des Widerstands konfrontiert werden wie in Polen und Ungarn.

Wir verurteilen alle diese Arten von historischem Revisionismus. Es ist politisch gefährlich, weil diese Geschichtsfälschung oft mit der politischen Akzeptanz der extremen Rechten und offen faschistischer Gruppen und Propaganda, wie in der Ukraine, verbunden ist. Wie wir sehen können, gibt es solche

Tendenzen auch in Polen oder Ungarn.

Die FIR und ihre Mitgliedsverbände treten ein für die historische Wahrheit über den Kampf des antifaschistischen Widerstands und die Bewahrung der Erinnerung an diejenigen, die gegen Faschismus und Krieg gekämpft haben. Wir erinnern uns an alle Frauen und Männer, die ihr Leben opferten, ihre Gesundheit und ihre Freiheit riskierten, um für die Freiheit ihres Landes und die Befreiung Europas zu kämpfen.

Wir sehen mit Stolz, dass in einigen Ländern die antifaschistischen Widerstandskämpfer und Veteranenverbände in der Lage sind, zu diesem Thema die jüngeren Generationen zu mobilisieren, wie wir es in Italien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Russland und einigen anderen europäischen Ländern

erleben. Dies sind hoffnungsvolle Signale, dass alle Versuche des historischen Revisionismus ihre politische und antifaschistische Antwort finden.

Wir ermutigen Schulen und Universitäten, Historiker, Pädagogen und antifaschistische Kämpfer, weiterhin jungen Menschen die Geschichte des Kampfes gegen den Faschismus und die reale Geschichte des Zweiten Weltkrieges nahezubringen.

Wir fordern das Europäische Parlament und die politisch Verantwortlichen in allen europäischen Ländern auf, ihren eigenen öffentlichen Erklärungen zu folgen – angesichts des 70. Jahrestages des Tages der Befreiung/Tages des Sieges –, nie wieder solchen Geschichtsrevisionismus zuzulassen und die Ehre der Widerstandskämpfer und der Opfer des Nazismus zu verteidigen.

Beschluss des Bundeskongresses der VVN-BdA

## No pasarán - pasaremos!

In diesem Jahr erinnert die demokratische Weltöffentlichkeit an den Putsch der reaktionären Generäle, der vor 80 Jahren in Spanien stattfand und knapp drei Jahre später mit der Vernichtung der 2. Spanischen Republik endete. Heute wissen wir, dass der spanische Krieg 1936-1939 die erste Schlacht des Zweiten Weltkriegs war. Der Sieg Francos und seiner faschistischen Verbündeten markierte einen dramatischen Wendepunkt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Freiwillige aus über 50 Ländern verließen ihre Heimat und Familien und eilten der Spanischen Republik zur Hilfe. Sie formierten sich in den Internationalen Brigaden oder gehörten anderen Einheiten der Spanischen Volksarmee an. Tausende Freiwillige, unter ihnen ca. 4.000 Deutsche, die in diesem Krieg das bessere Deutschland repräsentierten, kämpften unter Einsatz ihres Lebens an der Seite des spanischen Volkes gegen Faschismus, für Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Die Verbundenheit der Kämpfer über die Ländergrenzen hinaus wollen wir als Teil der globalen internatio-

nalistischen und antifaschistischen Bewegungen mitnehmen in die



Kämpfe der Gegenwart, überall dorthin, wo Menschen heute in ihrem Geiste aktiv sind. In vielen Ländern wird in diesem Jahr der Brigadisten gedacht. Mit vielfältigen Veranstaltungen würdigen Angehör-

ige und Freunde den Einsatz der Freiwilligen, in einigen Ländern, z. B. in Polen, unter schwierigen Bedingungen. In anderen finden die Ehrungen traditionell unter Beteiligung von kommunalen, regionalen und zentralen staatlichen Institutionen statt. Die offizielle Politik der Bundesrepublik hat in dieser Beziehung noch großen Nachholebedarf.

Gemeinsam mit ihrem Mitgliedsverein »Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939 e.V. (KFSR)« ruft der Bundesausschuss der VVN-BdA alle Mitglieder, Unterstützer und Gruppen, Antifaschistinnen und Antifaschisten, Initiativen und junge Antifa-Gruppen, die Kommunal- und Länderparlamente sowie den deutschen Bundestag auf:

Ehren wir die Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in Spanien gekämpft haben. Erinnern wir an ihren Beitrag für ein antifaschistisches und demokratisches Europa. Machen wir den Monat Oktober zum Gedenkmonat für die Internationalen Brigaden!

Ausstellung:  
»Neofaschismus in  
Deutschland«



**Nächste Termine  
2016**

**Bautzen:** Rathaus Bautzen, 8. bis 19. August

**Recklinghausen:** Freiherrvom-Stein-Gymnasium, 27. Juni bis 8. Juli

Alle Informationen und Termine:  
[www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de](http://www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de)



## AfD-Bundesparteitag in Stuttgart

# Gemeinsam widersetzen

Ausgerechnet zum 1. Mai hielt die AfD ihren Bundesprogrammparteitag in Stuttgart ab. Wenige Wochen zuvor, am 13. März, hatte sie bei den Landtagswahlen alarmierende Ergebnisse erreicht. Mit 15,1 % der Wählerstimmen zieht sie nun auch als drittstärkste Partei in den baden-württembergischen Landtag ein.



5.000 demonstrierten am 1. Mai 2016 in Stuttgart gegen die AfD  
Foto: www.beobachternews.de

So wurden zum Parteitag jede Menge Anhänger der rassistisch-neoliberalen Partei in der Stuttgarter Messe, abgelegen von der Innenstadt, erwartet. Willkommen waren sie allerdings nicht. Unter dem Motto »Gemeinsam widersetzen« hatte sich kurzfristig ein Bündnis zum breiten Protest gegen die Rechtsaußenpartei gebildet.

Auf dem riesigen Messegelände beim Flughafen fanden sich bereits morgens um sieben Uhr ca. 1.500 Demonstranten ein, um gegen den Parteitag zu demonstrieren. Trotz eines brachialen Polizeieinsatzes gelang es, den Beginn des Parteitags um weit über eine Stunde zu verzögern. Der Preis war hoch: Über 600 Demonstrierende wurden zumeist unmittelbar nach ihrer Ankunft auf dem Versammlungsgelände von der Polizei eingekesselt und für den Rest des Tages in eigens aufgebauten Käfigen in einer Messehalle festgesetzt. Eine besondere Begründung wurde dem Pressesprecher der Polizei in den stündlich wiederholten Nachrichten

des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht abverlangt. Man habe die »schlimmsten Störer« aus dem Verkehr gezogen, das würde die Lage bei der am Nachmittag geplanten Demonstration in der Stuttgarter Innenstadt »entspannen«.

Eine »Entspannung« wäre allerdings lediglich auf Seiten der Polizei notwendig gewesen. Ab 13 Uhr zogen an die 5.000 Menschen in einer friedlichen, bunten Demo, nur gestört vom erneut martialischen Auftreten der Polizei, durch die Stuttgarter Innenstadt.

Auf der Kundgebung in der Stadtmitte verlas Landesprecherin Janka Kluge eine Rede der VVN-BdA-Bundesvorsitzenden Cornelia Kerth:

»Die AfD ist rassistisch, asozial und frauenfeindlich. Ihr Programm verheißt autoritäre Herrschaft im Inneren und Kriegsdrohung nach außen. Das alles ist anschlussfähig an offen faschistische Konzepte«, fasste sie den vorliegenden Programmentwurf der AfD zusammen. »Gut, dass so viele dagegen aufstehen. Wir müssen noch mehr werden, damit diese Partei keine Chance bekommt, die Republik nach ihrem Bilde umzugestalten. In einer Woche erinnern wir an die Befreiung Europas vom deutschen Faschismus. Sorgen wir dafür, dass nie wieder geschehen kann, was einst geschah.«

DL



Flüchtlinge aus Syrien demonstrieren vor der US-Kommandozentrale Africom in Stuttgart. Foto: beobachternews.de

Für eine Gesellschaft ohne Krieg

## Tag der Befreiung 2016

Gemeinsam mit der Gesellschaft »Kultur des Friedens« und anderen Friedensgruppen rief die VVN-BdA am diesjährigen 8. Mai zu einer Kundgebung vor den Kelley Barracks in Stuttgart-Möhringen auf, verbunden mit einem Konzert des Musikers Konstantin Wecker. Ebenfalls dabei waren die afghanische Friedensaktivistin Malalai Joya und Daniel Lücking, ein ehemaliger Bundeswehrsoldat. Zentrale Forderung war die Schließung der US-amerikanischen Kommandozentralen in Stuttgart Africom und Eucom.

Die Landessprecherin Ilse Kestin sprach auf der Kundgebung für die VVN-BdA: »Wir brauchen eine aktive Friedenspolitik in Krisengebieten und keine Bundeswehreinätze! ...und wir wollen eine Gesellschaft ohne soziale Ungerechtigkeiten, ohne Massenarbeitslosigkeit und Krieg, ohne Rassismus und ohne Rechtsradikalismus!«

DL

Erst geschändet, jetzt restauriert:

## Gedenkstein für Lilo Herrmann

Lilo Herrmann, Studentin der Technischen Hochschule Stuttgart, kämpfte als junge Mutter mutig gegen die Nazis. Sie wurde im Dezember 1935 verhaftet und 1937 vom »Volksgerichtshof« zum Tode verurteilt.

Nachdem langjährige Forderungen der VVN-BdA, der Studierenden und

Hakenkreuz besudelt. Nun erstattete die Universität Anzeige und beteiligte sich an den



Foto: DL

Die Bildhauer, die ihn 1988 gestaltet und gestiftet hatten, und Lothar Letsche vom Landesvorstand der VVN-BdA (Mitte) enthüllen den neu restaurierten Gedenkstein für Liselotte Herrmann in Stuttgart.

der Uni-Leitung abgewiesen worden waren, wurde 1988 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vom Stadtjugendring ein Gedenkstein für sie auf städtischem Boden, genau an der Grenze zum Unigelände, aufgestellt und seither von der Stadt – gegen den Willen der Uni – geduldet.

Im März 2016 wurde der Gedenkstein zum zweiten Mal mit einem

teuren Restaurierung und der von der VVN-BdA gestalteten Wiedererweihungsfeier. Dort sprachen Vertreterinnen des Personalrats, der Studierendenvertretung, von Gewerkschaften, der DKP und des Linken Zentrums

Lilo Herrmann. Sie alle hatten dazu beigetragen, dass der Gedenkstein – schöner denn zuvor – auch in Zukunft an eine mutige Frau erinnert.

DL

**Redaktion dieser Seite:** Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718



Protestcamp gegen die bayerischen Abschiebelager

# Ausgrenzung und Isolation

Vom 4. bis 7. August 2016 wird ein Protestcamp gegen die bayerischen Abschiebelager in Bamberg stattfinden. Auch der dortige Kreisverband der VVN-BdA unterstützt das Vorhaben.

Seit September 2015 gibt es die sogenannte »Ankunfts- und Rückführungseinrichtung« (ARE) in Bamberg. Sie ist das zweite von zwei Sonderlagern für Balkanflüchtlinge in Bayern. Der Bamberger VVN-Kreisverband unterstützte von Anfang an den Protest gegen die



Stigmatisierung und Ausgrenzung bestimmter Flüchtlingsgruppen, doch das Ausmaß des Vorhabens wurde erst nach und nach bekannt.

Schon vor der Eröffnung der ARE tat sich die Bayerische Staatsregierung als Teil einer Kampagne gegen angebliche »Wirtschaftsflüchtlinge« hervor. Die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge vom Balkan erreichte einen neuen Höhepunkt. So war es nicht verwunderlich, dass Neonazis einen Sprengstoffanschlag auf die neue Einrichtung planten. Sie machten sich im Oktober letzten Jahres die Zusammenführung der besonders geächteten Flüchtlingsgruppen zunutze.

Obwohl der Anschlag glücklicherweise vereitelt wurde, kann keine positive Bilanz gezogen werden. Die Einrichtung entpuppte sich als das, was sie von Anfang an sein sollte: ein Abschreckungs- und Abschiebelager. Vom Plastikgeschirr bis zu maßlos überfüllten Wohnungen (teilweise 17 Personen auf 70 Quadratmeter), vom Ausbau der Küchenherde bis zur Auflage, keinen Nachschlag in der Kantine zu bekommen, von ausgebauten Türschlössern bis zum fehlenden Gewaltschutzkonzept: Eine derartige Häufung von Unannehmlichkeiten soll den Alltag möglichst un bequem machen.

Hinzu kommt, dass es de facto dort seit neun Monaten keine Asylsozialberatung gibt. Ärztliche und psychologische Schreiben werden systematisch ignoriert, traumatisierte Frauen mussten ihre Behandlung abbrechen, ein Mädchen, das aufgrund einer Vergewaltigung in Therapie war, wurde abgeschoben. Ob bedrohter Rom oder Blutracheopfer,

ob zwangsverheiratet oder von mafiösen Strukturen verfolgt – auf niemanden wird Rücksicht genommen, alle werden sie abgelehnt.

In diesem Klima wird den Menschen noch zusätzlich Angst gemacht. Die Geflüchteten werden während ihrer Anhörungen unter Druck gesetzt: Wenn sie nicht freiwillig ausreisen, stünde ihnen eine EU-Einreiseperrre bevor. Die Kinder, die einen Großteil der Betroffenen ausmachen, leiden am stärksten unter der Einrichtung. Durch die Verlegung in die ARE werden sie aus ihrem Umfeld gerissen und von Freunden

und Klassenkameraden isoliert. Hunderte wurden abgeschoben, tausende zur »freiwilligen« Ausreise gezwungen, beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit. Für die Gegnerinnen und Gegner ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. Sie wollen deshalb vom 4. bis 7. August ein Protestcamp organisieren.

Der Aufruf macht deutlich: »Durch Konzerte, Workshops, zusammen Kochen, Feiern und Zelten, Rechtsberatung für die Betroffenen und unseren gemeinsamen Protest wollen wir die Ausgrenzung und Isolation durchbrechen und das Projekt einer solidarischen Gesellschaft für alle Menschen praktisch angehen.«

**Günter Pierdzig**

Der Aufruf und Näheres zum Camp finden sich unter [protestcamp-bamberg.antira.info](http://protestcamp-bamberg.antira.info). Er kann durch eine Mail an [solidarity4all@antira.info](mailto:solidarity4all@antira.info) unterstützt werden.

## Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

**Juli:** Anne Fischbach, München, 85 Jahre; Reinhard Möller, Strötau, 65 Jahre; Alois Schütz, Nürnberg, 60 Jahre, Elisabeth Muth, Diedorf, 60 Jahre

**August:** Erich Schreier, Röthenbach/Pegnitz, 87 Jahre; Dagmar Giebel, Nürnberg, 85 Jahre; Elisabeth Scheringer, Kösching, 82 Jahre; Hans Schmid, Bad Endorf, 82 Jahre; Lore Schwaiger, Jesenwang, 81 Jahre; Ernst Antoni, München, 70 Jahre; Hans Hahn, Peiting, 70 Jahre; Gerhard Hartmann, Rednitzhembach, 70 Jahre; Dr. Peter Lehner, Sulzbach-Rosenberg, 65 Jahre; Mathilde Wolf, Bamberg, 65 Jahre; Berthold Göhring, Nürnberg, 60 Jahre; Hans Meiler, Plauen, 60 Jahre

## Jahrestag der Nazi-Überfälle auf die Gewerkschaftshäuser Hof: Erinnerung an den 2. Mai 1933

Auch in diesem Jahr führten Hofer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor dem damaligen Sitz der Gewerkschaftsbüros in der Marienstraße 75 eine Gedenkfeier durch – am Jahrestag des Überfalls auf die Gewerkschaften am 2. Mai 1933. Daran nahm wie immer die VVN-BdA Kreisverband Hof-Wunsiedel teil.



Randolph Oechslein, Betriebsrat der IG Metall, ging insbesondere auf den Lebensweg von Arthur Mähr (SPD) ein. Der Arbeitersekretär wurde mehrfach verhaftet. Nach seiner Freilassung zog dieser aus Hof weg. Noch bis zu seinem Tod 1943 verfolgte die Gestapo jeden seiner Schritte.

DGB-Kreisvorsitzender Bernd Köhler hob hervor, dass heute wieder versucht werde, mit rassistischen und rechtspopulistischen Parolen von sozialen Fragen abzulenken. »Wer selbst keine Lösungen für gesellschaftliche Probleme hat, muss eben den Kampf gegen den Islam auf seine Fahnen schreiben.«



Mit der Geschichte der Gewerkschaften befasste sich Volker Seidel, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Ostoberfranken. Die IGM feiert in diesem Jahr ihr 125-jähriges Bestehen. Ein Rückblick in die Geschichte zeige, dass Verbesserungen sowohl der Arbeits- und Lebensbedingungen als auch demokratischer Rechte immer nur in harten Auseinandersetzungen erreicht worden seien. Diese weiterhin zu verteidigen, sei nach wie vor eine ständige Aufgabe.

**Eva Petermann**



Beachtliche Aktionen gegen »Integrationsgesetz« und Rassismus in München

# Nur nicht einschüchtern lassen

»Exakt gezählt 1560 Menschen demonstrierten heute in München trotz Dauerregen gegen das geplante bayerische Ausgrenzungsgesetz und schlossen sich dann der Menschenkette »Hand in Hand gegen Rassismus – für Menschenrechte und Vielfalt« an«, konnte ver.di-Gewerkschaftssekretärin und Demo-Organisatorin Hedwig Krimmer am Sonntag, 20. Juni, schließlich stolz vermelden. Und mitteilen, dass das Bündnis gegen das von der Bayerischen Staatsregierung geplante »Integrationsgesetz« inzwischen »auf über 50 Organisationen angewachsen ist«.

Zu diesen gehört, wie schon in der vorigen »antifa«-Ausgabe berichtet, von Anfang an die bayerische VVN-BdA. Deren Landessprecherin Renate Hennecke hatte vor einigen Wochen bei der Auftaktveranstaltung für die Proteste gegen das »Integrationsgesetz« gesagt: »Ich bin vor 45 Jahren von Niedersachsen zugewandert und habe, wenn man dem Gesetzentwurf folgen wollte, mit Sicherheit einen »besonderen Integrationsbedarf«. Der äußert sich u. a. darin, dass ich in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten aktiv bin.«

Sie erinnerte in diesem Zusammenhang »an die Zigtausende, die während der Nazizeit aus Deutschland flohen und nur überlebten, weil sie in einem anderen Land Aufnahme fanden. Wir wissen: Ob in der Tschechoslowakei oder der Türkei, in Shanghai oder Uruguay, in Mexiko, den USA oder Australien – nirgendwo kam jemand auf die Idee, die Flüchtlinge auf eine wie auch immer gestrickte »Leitkultur« verpflichten zu wollen.«

Zu befürchten sei auch, »dass das Gesetz zur Schikanie und Disziplinierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten benutzt wird. Das betrifft Einheimische ebenso wie Zuwanderinnen und Zuwanderer.«

## Verfassungsklage in Vorbereitung

Dr. Klaus Hahnzog, bayerischer Verfassungsrichter und ehemaliger Bürgermeister der Stadt München, ebenfalls von Anfang an im Bündnis gegen das »Integrationsgesetz« dabei, betonte unlängst in einem ausführlichen Interview mit der von der Gewerkschaft GEW herausgegebenen Publikation DDS (Die demokratische Schule), dass der Gesetzentwurf mehrfach gegen die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz verstoße. Er bereite deshalb derzeit eine Verfassungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vor.



Am Stachus angekommen: die Demonstration gegen das »Integrationsgesetz« (hinter dem Transparent auch der KZ-Überlebende Ernst Grube, 3. v. l.). Bei der anschließenden Menschenkette für eine Gesellschaft ohne Rassismus waren es schließlich mehr als 6.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die einander solidarisch die Hände reichten. Foto: Werner Rauch

Es beginne bereits beim »Grundtenor des Gesetzes«, so Hahnzog im DDS-Interview: »Es soll nach Meinung des Gesetzgebers das Prinzip des »Förderns und Forderns« verfolgen, nur ist das »Fördern« im Gesetz kaum zu erkennen. (...) Dafür ist das Prinzip des »Forderns« bis ins Detail ausformuliert. So weit, dass es in die Lebensführung des Einzelnen eingreift. Dies verletzt aber die Grundrechte des Menschen und ist damit verfassungswidrig. Zentral dabei ist der nicht näher bestimmte Begriff der »bayerischen Leitkultur«, der zwölf Sätze der Präambel ausmacht, wobei eine Präambel – ein Gesetzesvorspann also – eigentlich nur Verfassungen vorbehalten ist. Eine Präambel hat keine juristische Relevanz, sie gibt nur die Richtung an.«

Im »Integrationsgesetz« würden jedoch »konkrete Folgerungen und Forderungen daraus entwickelt. So heißt es z. B. in Artikel 1 Satz 2, Ziel

des Gesetzes sei es, Migrantinnen und Migranten, auf die im Rahmen ihres Gastrechts unabdingbare Achtung der Leitkultur zu verpflichten und dazu eigene Integrationsanstrengungen abzuverlangen (Integrationspflicht). Nehmen Sie dann noch Artikel 13 »Achtung der Rechts- und Werteordnung« und Artikel 14 »Unterlaufen der verfassungsmäßigen

Ordnung« und lesen Sie dazu die Begründungen. Beide Artikel und ihre Begründungen zielen auf Einschüchterung ab. Damit erfüllen sie nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Tatbestand der »Einschüchterungswirkung«, der ebenfalls verfassungswidrig ist. Dazu vielleicht ein praktisches Beispiel: In der Begründung zu Artikel 13 heißt es u. a.: »Die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols kann sich dabei insbesondere in grob ungebührlichem Verhalten gegenüber Einsatzkräften äußern.« Was bedeutet »grob ungebührliches Verhalten«?

sondern in einzelnen Artikeln auf alle Einwohnerinnen und Einwohner in Bayern.« Und Hahnzog betont, nicht nur in diesem Interview, sondern bei allen Anlässen, bei denen es um den Gesetzentwurf und die geplante Verfassungsklage geht, wie wichtig es ist, dass das juristische Vorgehen dagegen begleitet wird von breiten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten.

Ernst Antoni



Klaus Hahnzog bei der Auftaktkundgebung zur Demonstration am DGB-Haus. Foto: Erich Guttenberger

**Spenden für die VVN-BdA Bayern:** Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto (bitte beachten: neue Bankverbindung, neue Nummern): VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMXXX

**Wichtiger Hinweis:**

**Wichtiger Hinweis:** Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: [lv-bayern@vvn-bda.de](mailto:lv-bayern@vvn-bda.de)

**Redaktion:** Ernst Antoni

A las Barricadas – Bürgerkrieg und Revolution in Spanien (1936-1939)

# Filmreihe zum 80. Jahrestag



**14. Juli bis 3. August 2016 - Lichtblick-Kino**

Präsentiert von: *KFSR, Berliner VVN-BDA, FAU, Medienpartner: Jungle World, Neues Deutschland*

**Do 14.07.**

17:00 Durruti in der spanischen Revolution (OmU), ES 1998, 55 min, Dokumentarfilm von Paco Rios und Abel Paz über das Leben des Metallarbeiters und Anarchisten Buenaventura Durruti.

19:30 Memoria Viva – Lebendige Erinnerung (OmU), ES 2014, 120 min, Regie: Antonio J. García de Quirós Rodríguez. Der Film erzählt die über 100-jährige Geschichte der spanischen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo (CNT).

**Sa 16.07.**

19:30 Memoria Viva – Lebendige Erinnerung (OmU) In Anwesenheit des Regisseurs Antonio J. García de Quirós Rodríguez und des Produzenten Gonzalo Palomo

**So 17.07.**

18:00 Memoria Viva – Lebendige Erinnerung (OmU)

**Mo 18.07.**

17:00 Durruti in der spanischen Revolution (OmU)  
19:30 Die Siedler Francos (OmU), ES 2016, 112 min, Dokumentarfilm von Dietmar Post und Lucía Palacios. In den Jahren der Franco-Diktatur von 1939–1975 werden in ganz Spanien circa 300 Modell-Dörfer gegründet. Der Film zeichnet ein Porträt des 1955 gegründeten Dorfes Llanos del Caudillo (»Hochebene des Führers«). In Anwesenheit des Regisseurs Dietmar Post.

**Di 19.07.**

17:00 Die lange Hoffnung, D 1983, 92 min, Regie: Pepe Danquart. Die Filmemacher begleiten Clara Thalmann und Augustin Souchy nach Katalonien,

wo beide aktiv an den Kämpfen gegen Franco teilgenommen haben.

18:30 Memoria Viva – Lebendige Erinnerung (OmU)

20:30 Un Pueblo en Armas – Ein Volk in Waffen, ES 1936/1937, 47 min, Produktion: Sindicato de la industria del Espectáculo Barcelona (CNT). Mit einer historischen Einführung zum Spanischen Bürgerkrieg von Dr. Alexandre Froidevaux

**Mi 20.07.**

17:00 Economía Colectiva – Europas letzte Revolution (OmU), ES 2014, 66 min, Regie: Eulàlia Comas. Der Dokumentarfilm gibt einen tiefen Einblick in die Kollektivierung der katalanischen Wirtschaft zwischen 1936 und 1939.

18:15 Memoria Viva – Lebendige Erinnerung (OmU)

**Do 21.07.**

19:30 Die lange Hoffnung

**Sa 23.07.**

17:00 Durruti in der spanischen Revolution (OmU)

18:00 Memoria Viva – Lebendige Erinnerung (OmU)

20:00 Goodbye Barcelona (OmU), GB 2011, 90 min, Regie: KS Lewkowicz. Filmversion des Musicals von Judith Johnson (Buch) und KS Lewkowicz (Musik und Text) um einen jungen englischen Arbeiter, der alles aufgibt, um in Spanien mit der Waffe den Faschismus zu bekämpfen.

**So 24.07.**

16:30 Economía Colectiva – Europas letzte Revolution (OmU)

17:30 No Pasarán (OmU), D 2014, 73 min, Dokumentarfilm von Daniel Burkholz. Der Film führt durch Europa zu den letzten Zeitzeugen, die im Spanischen Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg gegen den Faschismus gekämpft haben.

19:00 Bajo el signo libertario (OV), ES 1936, Les (Ángel Lescarboura Santos). Teilweise inszenierter Dokumentarfilm mit Aufnahmen aus den ersten Tagen des Bürgerkriegs in Barcelona und Szenen aus dem Alltag im Dorf Pina del Ebro (Provinz Zaragoza).

Nosotros somos así (OV), ES 1936, 30 min, Regie: Valentin R. Gonzalez. Eine Komödie mit viel Musik, Choreographie und Charme, in der sich Kinder zusam-

menschließen. Mit einer Einführung zur Filmproduktion im Spanischen Bürgerkrieg von Wolfgang M. Hamdorf.

**Mo 25.07.**

18:00 La Nueve – Die vergessenen Helden der Befreiung (OmU), F 2009, 53 min, Regie: Alberto Marquardt. Die Soldaten der 9. Kompanie unter General Leclerc waren die ersten, die am 24. August 1944 ins befreite Paris einmarschierten, die meisten von ihnen Spanier. Die Überlebenden Luis Royo und Manuel Fernandez erzählen ihre Geschichte.

19:00 No Pasarán (OmU) mit anschließender Diskussion mit Harald Wittstock (KFSR)

20:30 Ken Loach: Land and Freedom (OmU), D/GB/SP 1995, 109 min. Ken Loachs Film dürfte inzwischen als der Film über den Spanischen Bürgerkrieg schlechthin gelten.

**Di 26.07.**

18:00 Barios Bajos (OmfrU), ES 1937, 90 min, Regie: Pedro Puche. Melodram um den Docker El Valencia, der einen Anwalt vor der Polizei und eine junge Frau vor der Prostitution rettet.

19:30 Aurora de esperanza (OmfrU), ES 1937, 58 min, Regie: Antonio Sau. Barcelona 36: Juan als Opfer der Fabrikschließungen rebellierte, bis die Revolution ausbricht.

20:30 A las Barricadas, D 1989, 57 min, Ein Film von Volker Hoffmann, Dieter Nelles, Jörg Lange, Angelika Feld. Der Wuppertaler Anarcho-syndikalist Helmut Kirschev 1989 auf einer Erinnerungsfahrt durch Spanien an die Stätten, wo er als Milizionär der anarchistischen Kolonne Durruti an den Kämpfen teilnahm. In Anwesenheit der Regisseure Volker Hoffmann und Dieter Nelles

**Mi 27.07.**

17:00 Memoria Viva – Lebendige Erinnerung (OmU)

19:00 Spanien im Herzen, D 2001, 56 min, Dokumentarfilm von Marina Caba Rall. Der Film zeigt Stationen der Reise deutscher Interbrigadisten nach Spanien 1996. In Anwesenheit der Regisseurin Marina Caba Rall

**Do 28.07.**

18:00 Durruti – Biographie einer Legende, D 1972, 92 min, Film-Roman von

Hans Magnus Enzensberger. Parallel zum Erscheinen seines Bestsellers »Der kurze Sommer der Anarchie« drehte Enzensberger in den 70er Jahren diesen Dokumentarfilm.

**Sa 30.07.**

17:30 La Nueve – Die vergessenen Helden der Befreiung (OmU)

18:30 Durruti – Biographie einer Legende

**So 31.07.**

16:30 Die lange Hoffnung

18:00 Durruti – Biographie einer Legende

**Mo 01.08.**

17:00 La Nueve – Die vergessenen Helden der Befreiung (OmU)

18:00 Memoria Viva – Lebendige Erinnerung (OmU)

20:00 Scarlett en la calle del Olvidio (OmU), ES 2012, 72 min, Regie: Ana Calvo do-Allo. In Anwesenheit der Regisseurin Ana Calvo do-Allo

**Di 02.08.**

17:30 Nuestre culpable (OmfrU), ES 1937, 84 min, Regie: Fernando Mignoni. Der Film um den sympathischen Dieb El Randa macht sich über Autoritäten, Bourgeoise und Justiz lustig

19:00 Carne de Fieras (OmfrU), ES 1936, 65 min, Regie: Armand Guerra. Ein lang verschollener Film, der mit Tabus und Konventionen bricht und in vielen Sequenzen an Jean Vigo erinnert.

20:15 Aurora de esperanza (OmfrU)

**Mi 03.08.**

17:00 Economía Colectiva – Europas letzte Revolution (OmU)

18:15 Durruti – Biographie einer Legende

19:45 Die lange Hoffnung

**Redaktion: Dr. Hans Coppi**

Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin

Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,

Internet: [berlin.vvn-bda.de](http://berlin.vvn-bda.de)

E-Mail: [berlin@vvn-bda.de](mailto:berlin@vvn-bda.de)

**Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!**

Spendenkonto: Postbank Berlin

IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05

BIC: PBNKDEFF



# Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas Hausverbot für Romnja



Romnja trugen ihren Protest gegen Abschiebung und für ein Bleiberecht auch während der Gedenkstunde zum Zwangslager Marzahn vor. Foto: Jutta Harnisch

*»Sie betreten einen Ort des Gedenkens.  
Bitte respektieren Sie das Anliegen und die Menschen,  
für welche dieses Denkmal geschaffen wurde.«*

**Besucherordnung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma Europas:**

Am Sonntag, den 22. Mai 2016, besetzten etwa 50 Rom\*nja aus Kiel, Hamburg und Göttingen, abschiebebedrohte und teils schon illegalisierte Familien mit kleinen Kindern, Unterstützer und Unterstützerinnen der Organisationen »alle bleiben« und »Romano Jekipe Ano«, das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin.

Mit der Aktion wollten sie auf die verzweifelte Lage von Roma, insbesondere aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens – laut Bundesregierung »sichere« Herkunftsländer – hierzulande hinweisen. Die Besetzung war der engagierte, aber auch verzweifelte Versuch, eine kritische Öffentlichkeit herzustellen.

Auf dem Gelände des Denkmals wurden Transparente für ein Bleiberecht und gegen Abschiebungen enthüllt. Vor dem Denkmal verteilten Unterstützer und Unterstützerinnen von antirassistischen Gruppen aus Berlin Flugblätter auf Deutsch und Englisch, auf denen die historische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die Nachkommen des Völkermords an den Sinti und Roma festgestellt und ein Bleiberecht gefordert wurde. Insgesamt

herrschte eine fast fröhliche, entspannte Stimmung, Besucher und Besucherinnen nahmen neugierig davon Kenntnis.

Die Rom\*nja-Familien sahen und sehen das Denkmal auch als »ihren« Platz, einen Platz, der ihnen im Alltag in der postnazistischen deutschen Gesellschaft verweigert wird.

Wenig später erschien Polizei auf dem Gelände, um die »unangemeldete Demonstration« zu beenden. Das »Hausrecht« läge bei der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, und die wolle den Verstoß gegen die »Besucherordnung«, die politische Demonstrationen untersage, sofort beenden. Der Polizei auf den Fuß trafen Vertreter/Vertreterinnen der Stiftung ein: Direktor Uwe Neumärker, sein Stellvertreter Dr. Ulrich Baumann und Jana Mechelhoff-Herezi, zuständig für »Erinnerung an Sinti und Roma«. Sie seien zwar mit den Forderungen solidarisch, forderten die Besetzer und Besetzerinnen aber auf, das Gelände unverzüglich zu verlassen. Dies wurde mit einer immer größeren Polizeipräsenz unterstrichen. Das Gelände wurde umstellt, Besuchern der Zugang untersagt. Man wolle die »Würde

des Gedenkens« schützen. Eilig wurden ablehnende Stellungnahmen, darunter vom Zentralrat der Sinti und Roma (Romani Rose) und der Hildegard-Lagrenne-Stiftung (Romeo Franz) eingeholt.

So wurde eiligst eine gewaltige institutionelle und moralische Drohkulisse gegen die Rom\*nja aufgebaut, die vor dem Hintergrund einer einfachen Regelverletzung, nämlich der Besetzung des Geländes durch diejenigen, an deren ermordete Vorfahren genau hier gedacht werden soll, völlig unverhältnismäßig war. So kam es in der Dunkelheit zur Räumung von Frauen, schreienden Kindern und Säuglingen durch behelmte und schwarz uniformierte Polizisten, ein fürchterliches, verstörendes Bild. Was dieses Vorgehen mit der »Würde des Ortes und dem Respekt vor den Toten« (Neumärker) zu tun hatte, wird sich den verängstigten Kindern wohl kaum erschlossen haben. Dass eben länger hätte verhandelt werden können und müssen, gerade an diesem Ort, zu diesem Anlass und mit diesen Menschen – auf diese Idee kam von den versam-

melten »Offiziellen« keiner. Für die Rom\*nja gab es dasselbe wie immer: Entrechtung, Vertreibung, nächtliche Polizeieinsätze, Abschiebung. Ernstgenommen als Menschen in Not und als gleichberechtigte Gesprächspartner wurden sie nicht. Auf den Vorschlag, die Räumung bis zu einer geplanten Pressekonferenz am folgenden Vormittag auszusetzen, wurde nicht eingegangen.

Die Besetzer und Besetzerinnen indes ließen sich nicht entmutigen, sie sind in der Berliner Öffentlichkeit weiter mit Veranstaltungen, Kundgebungen und einer Kirchenbesetzung präsent. Von Petra Rosenberg, der Vorsitzenden des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e. V., wurden sie demonstrativ zur Gedenkstunde anlässlich des 80. Jahrestages der Verschleppung der Berliner Sinti und Roma in das NS-Zwangslager Marzahn eingeladen. Am 10. Juli werden sie in Berlin mit einer Demonstration, die von der Berliner VVN-BdA mitorganisiert wird, weiter für ein Bleiberecht kämpfen. **M.T.**

## Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

**...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr**

**Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz**

**Montag, 18. Juli 2016, 18.30 Uhr. Michael Guttmann: Ein Israeli verirrt sich in die DDR Deutschland oder Israel? Realer**

oder Kibbuz-Sozialismus? Stasi oder Mossad? Dies ist die ebenso spannende wie berührende Lebensgeschichte eines Versprengten der Schoa. Versteckt von seiner katholischen Großmutter, hat Michael Guttmann als jüdisches Kind in Nazideutschland überlebt. Nach dem Krieg nichts wie weg. Jugend im Kibbuz und Fallschirmjäger bei Zahal, der israelischen Armee. Danach eigentlich nur zu Besuch in die DDR, wo er dann aber eine von Widersprüchen und Selbstzweifeln begleitete Karriere als Ökonom macht und als Projektleiter im Rechenzentrum der Staatlichen Plankommission die wirtschaftliche

Erosion sehr direkt erlebt. »Ich versuche den Leser teilhaben zu lassen an der eigenen beständigen Wahrheitssuche, Themen wie Sozialismus, Zionismus, jüdischer Staat, Schoa, Juden in Deutschland und islamischer Terrorismus in lockerer Darlegung zu vermitteln.«

**Montag, 22. August 2016, 18.30 Uhr. Gina Pietsch und Christine Reumschüssel** mit »Um uns selber müssen wir uns selber kümmern«. Brecht und die DDR, das Land, in dem er die letzten neun Jahre seines Leben arbeitete. Um uns selber müssen wir uns selber kümmern – Brechtsche

Binsenweisheit aus seinem kleinen »Aufbaulied der FDJ« von 1948 und doch Stein des Anstoßes und Beginn einer ärgerlichen Reihe von Querelen. Es sind schwierige Zeiten um den 17. Juni herum, die Anlässe genug zu Elegien geben. Drei Jahre schreibt er da noch, lehrt, inszeniert, organisiert, mischt sich ein in Politik, selten zur Freude der Herrschenden, macht Vorschläge, die hin und wieder angenommen werden, schafft ein neues Theater, das eine neue Gesellschaft befördern helfen soll und das Weltgeltung erzielt. Im Mai 56 lassen die Kräfte nach. Die Macherinnen singen und erzählen davon in Pietschs 19. Brecht-Abend.

Aus der Rede von Gabriele Heinecke zum 8. Mai, Tag der Befreiung

# Selbstverständlichkeiten!

**Europa ist heute bestimmt von den Folgen einer seit dem Jahr 1990 geführten imperialen Politik des Kampfes um die Neuaufteilung von Interessensphären in der Welt. Es sind insbesondere die Angriffskriege gegen Jugoslawien, Libyen, Irak und Afghanistan. Deutschland war und ist an diesen Kriegen beteiligt.**



**Rechtsanwältin Gabriele Heinecke spricht auf der von der VVN-BdA Hamburg initiierten Kundgebung zum Tag der Befreiung am 8. Mai 2016 vor rund 80 Anwesenden über den Kampf für demokratische Grundrechte.**

Inzwischen ist durch die Untersuchungen zum sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) der Verdacht erhärtet worden, dass unkontrolliertes staatliches Handeln der Geheimdienste noch in ganz anderen Dimensionen bei der Zerrüttung der bürgerlichen Demokratie und der Förderung faschistischer Umtriebe eine Rolle spielen.

Bei der Verabschiedung des Grundgesetzes war selbstverständlich, dass eine Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben einzuhalten ist. Diese Trennung ist längst gefallen. Seit Jahren wird der Einsatz der Angehörigen der Bundespolizei – ehemals Bundesgrenzschutz – im In- und Ausland praktiziert. Der nächste Schritt ist der Einsatz der Bundeswehr im Innern und damit zum Angriff gegen die eigene Bevölkerung.

Bei der Verabschiedung des Grundgesetzes war selbstverständlich, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen sollte. In Anknüpfung an die Vorgaben des Parlamentarischen Rates von 1949 wurde das Bekenntnis noch 1990 bei Abschluss des Zwei-plus-Vier-

Vertrages bekräftigt. Nach zwei Angriffskriegen von deutschem Boden war der Einsatz deutscher Soldaten zu anderen Zwecken als der Landesverteidigung undenkbar. Tatsächlich hat sich die Bundeswehr längst unter Bruch der Verfassung in eine weltweit agierende Interventionsarmee zur Durchsetzung des – so heißt es im Weißbuch zur Bundeswehr – »freien und ungehinderten Welthandels als Grundlage unseres Wohlstandes« gewandelt. Die UNO wird als Legitimationsinstrument benutzt: So wurde in einer vorherigen Fassung des Weißbuchs erklärt: »Die einzigartige Bedeutung der Vereinten Nationen besteht darin, einen notwendig werdenden Einsatz militärischer Gewalt mit der völkerrechtlichen Legitimität zu versehen.« (Weißbuch 2006, vorläufige Fassung, 5.35)

Im gleichen Schritt entstanden ca. 470 Heimatschutzzentren zur Mobilisierung von Reservisten. Kooperationsverträge mit Krankenhäusern und Betrieben werden geschlossen. Sogenannte Jugendoffiziere besuchen systematisch Schulen zu Werbezwecken, und die Bundeswehr beteiligt sich regelmäßig bei Jobmessen im ganzen Land mit Werbeständen und launigen Aktionsangeboten.

Insgesamt findet ein Frontalangriff auf demokratische Grundrechte und eine unglaubliche Aufrüstung des Staatsapparates statt. Man muss fragen, zu welchem Zweck und Ziel. Angesichts der politischen und ökonomischen Situation Europas lässt sich erahnen, dass in der Regierung ganz andere Szenarien durchdacht werden, als die nach außen verkündete Politik erkennen lässt.

In den südlichen Ländern Europas grassiert die Arbeitslosigkeit, die Jugendarbeitslosigkeit liegt teilweise bei 50%. In dem Werftenviertel Perama im griechischen Piräus sind nach dem Werftensterben 95% der Hafenarbeiter ohne Arbeit. Die Ökonomien nicht nur Griechenlands sind am Ende. Seit 2008 hat die kapitalistische Wirtschaft wieder einmal bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, zum Wohl der breiten Bevölkerung, ohne große Krisen und schwere soziale Verwerfungen zu existieren.

Es wird von einer »Flüchtlingskrise« gesprochen, die in Wirklichkeit eine Tragödie vieler Völker aufgrund der Krise des Systems der globalen Profitmaximierung und des Wettkampfs um Rohstoff- und Absatzmärkte ist, aus der sich Bürgerkriege und schwere humanitäre Krisen ergeben. Auf unlautere Weise will man sich eines Großteils der Menschen, denen die Flucht bis nach Deutschland gelungen ist, wieder entledigen, indem man willkürlich Länder zu »sicheren Drittstaaten« erklärt. Doch auf längere Sicht werden die Bemühungen Europas zur Flüchtlingsabwehr keinen Erfolg haben. Die Menschen dieser Erde, die in ihren Ländern nicht mehr leben können, werden kommen. Es ist unsere Verantwortung, dass sie menschenwürdig leben können.

Der Kampf gegen die Abschottung, gegen den grassierenden Rassismus und die täglichen Angriffe auf Flüchtlingsheime und Flüchtlinge, der Kampf gegen eine Ökonomie im Interesse der Reichen, gegen die Militarisierung der Gesellschaft nach innen und außen und der notwendige Kampf um mehr Demokratie sind eine Einheit.

Lasst uns diesen Kampf gemeinsam führen.

Als Begründung für die Verletzungen des Völkerrechts wurden wahlweise die Verteidigung der Menschenrechte oder Terrorgefahr benannt. Tatsächlich entstanden in der Folge dieser Angriffe auf souveräne Staaten Bürgerkriege, Terror und der Zerfall, was bisher nicht gekannte Fluchtbewegungen verursacht hat.

Im gleichen Schritt mit dem militärischen Engagement nach außen sind unter dem Ruf nach »Normalität« und dem »unverkrampften Umgang mit der Nationalgeschichte« in scharfem Tempo nach innen Rechtsänderungen vorangetrieben worden, die die Qualität eines entfesselten Verfassungsbruchs haben. Sie bedeuten nicht nur die Aufgabe der in der Geschichte dieses Landes schwer erkämpften demokratischen Rechte, sondern sind Schritte zur flächendeckenden Löschung der aus dem Faschismus gezogenen Lehren aus dem Bewusstsein dieser Republik.

Bei der Verabschiedung des Grundgesetzes war selbstverständlich, dass nie wieder staatliches Handeln geheim und unkontrollierbar sein, es nie wieder Institutionen wie Reichssicherheitshauptamt und Gestapo geben durfte.

Die Besatzungsmächte genehmigten das Grundgesetz unter dem verfassungsrechtlich zwingenden Vorbehalt der Trennung der Vollzugspolizei und der Geheimdienste und der strikten Beschränkung bundespolizeilicher Aufgaben. Das unverzichtbare Trennungsgebot wird täglich u. a. mit Einrichtungen wie dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ, Berlin), dem Nationalen Lage- und Führungszentrum für Sicherheit im Luftraum (Kalkar), dem Informations- und Analysezentrum »Internationaler Terrorismus« (Berlin-Treptow) oder dem Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASIM, Berlin) durchbrochen.

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: [vvn-bda.hh@t-online.de](mailto:vvn-bda.hh@t-online.de)  
Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDE33XXX



Ehrenamtliche Unterstützung für NS-Verfolgte in Hamburg

# Teilhabe am Leben gewährleisten

»...beeindruckt bin ich vom Umgang Ihrer Kolleginnen und Mitarbeiterinnen (...) – das zeugt von viel Erfahrung und Professionalität bei gleichzeitig großer Empathie für die betreuten Menschen!«

So die Reaktion der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ)« auf den Zwischenbericht des Projektes »Ehrenamtlicher Hausbesuchs- und Begleitdienst für rund 60 NS-Verfolgte in Hamburg«, die das Programm finanziell fördert und inhaltlich begleitet.

Aber von vorn: Der seit nunmehr 20 Jahren in Hamburg aktive Verein »Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e. V.« ([www.psychosoz-arbeit.org](http://www.psychosoz-arbeit.org)) leitet seit 1. März 2015 ein Projekt, mit dem die Lebenssituation ehemals NS-Verfolgter durch einen Besuchs- und Begleitdienst nachhaltig verbessert werden soll. Dank der Förderung der EVZ und der Unterstützung des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme e. V., der VVN-BdA und vieler anderer lässt

sich dieses ambitionierte Vorhaben sehr positiv an.

Der Kreis der betreuten Klienten und Klientinnen ist sehr breit gefächert. Aus den verschiedensten Gründen verfolgt, mit ganz unterschiedlichen Lebensläufen »danach« und in ganz unterschiedlichen finanziellen, sozialen und gesundheitlichen Situationen heute ist ihnen gemeinsam, dass sie kontinuierliche, verlässliche und kostenfreie Unterstützung gerne in Anspruch nehmen und ihrer bedürfen, um am Leben qualitativ und quantitativ stärker teilhaben zu können.

Dies gewährleisten ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Alter von 16 bis 75 Jahren. Die Unterstützung besteht aus Besuchen zu Hause, Gesprächen,

gemeinsamen Mahlzeiten, Vorlesen, Einkäufen, Unterstützung im Haushalt, Begleitung zu Arztterminen, zu Veranstaltungen, Spaziergängen.

Es bedarf zahlreicher Beratungen zwischen den Ehrenamtlichen und der Leitung, wobei das Projekt von der ebenfalls 20-jährigen Erfahrung des Pflegedienstes »Solidarische Hilfe im Alter« profitiert. In diesem Kreis finden sich auch gerne Referenten und Referentinnen für Schulungen.

Für die Klienten und Klientinnen, die sonst keine Kontakte haben oder gesundheitlich nicht mehr in der Lage sind, an Aktivitäten teilzunehmen, wird Begleitung organisiert. So können deutlich mehr Menschen am monatlichen »Begegnungscafé ehemals NS-Verfolgter« teilnehmen, da der Transfer hin und zurück gesichert ist. Die langjährige stabile und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Amt für Wiedergutmachung wirkt

## Aufruf an Nachkommen/ Freunde ehemaliger 999er-Strafsoldaten

An dem geplanten Gedenkort  
Hannoverscher Bahnhof muss auch an  
das Schicksal der 999er-Antifaschisten in  
Wehrmachtsuniform gedacht werden.

Wir suchen Erinnerungen/Fotos an  
die von diesem Bahnhof deportierten  
999er, die Orte ihrer Sammlung/  
Registrierung und die genauen Termine  
ihrer Abtransporte zum Heuberg und nach  
Baumholder. Informationen bitte an die  
VVN-BdA Hamburg oder die Willi-Bredel-  
Gesellschaft, Geschichtswerkstatt e. V.

**Ulla Suhling**

sich außerordentlich positiv auf die Unterstützung der NS-Verfolgten aus.

**Annemarie Heuer-Kiosz**

*Menschen aus dem Kreis der Verfolgten, die Unterstützung suchen, oder Menschen, die gerne ehrenamtlich unterstützen wollen, können sich telefonisch oder per Mail mit dem Verein in Verbindung setzen: 040-38686612 oder [info@psychosoz-arbeit.org](mailto:info@psychosoz-arbeit.org). Das Projekt ist befristet bis 28.02.2017.*

## Hamburger VVN-BdA Termine

### Do, 14. Juli, 16-18 Uhr

Antikriegskultur – Ist die Welt ein Menschenschlachthaus? Lieder und Texte gegen den Krieg. Veranstalterin: »Bündnis Hamburger Deserteursdenkmal«

Ort: Deserteursdenkmal, Damm-  
tordamm/Stephansplatz, 20354  
Hamburg

### Do, 14. Juli 17-19 Uhr

Die Kraft der Schwachen, Kuba/  
Deutschland 2014, Film (Spanisch  
mit dt. Untertiteln) und Diskussion  
mit dem Protagonisten des Films  
Jorge Jerez sowie Filmregisseur  
Tobias Kriele

Ort: Stavenhagenhaus, Frustbergstr.  
4, HH-Groß-Borstel

### Fr, 22. Juli, 16 Uhr

Gedenken an die im Sommer  
1943 in Billstedt umgekommenen  
Zwangsarbeiter. Redebeitrag: VVN-  
BdA, Musik: Uwe Levien  
Ort: Gedenkstein vor dem Kunden-  
zentrum, Öjendorfer Weg 9

### 23. Juli bis 7. August Ohlsdorfer Friedensfest

#### Sa, 23. Juli,

**15 Uhr:** Auftaktveranstaltung  
zum Ohlsdorfer Friedensfest mit  
Dr. Melanie Leonhardt, anschlie-  
ßend: Das Bündnis »Ohlsdorfer  
Friedensfest« stellt sich vor.

**16-17 Uhr:** Die Grenzgänger - Und  
weil der Mensch ein Mensch ist.  
Lieder aus dem Widerstand und  
den Gefängnissen der NS-Diktatur.  
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Mittelallee,  
Bombenopfer-Mahnmal

#### So, 31. Juli, 12-13.30 Uhr

Ruth Stender, Tochter von Werner  
Stender: Eine biographische Spu-  
rensuche. Lesung aus dem Buch  
»Gertigstraße 56«. Ruth Stender  
steht uns für Fragen zur Verfügung,  
und im Anschluss wollen wir ge-  
meinsam zum Ehrenfeld zum Grab  
von Werner Stender gehen.  
Musikalische Begleitung: Dirk Wilke

... anschließend werden wir zu den  
Gräbern von Zwangsarbeiterinnen

der Rüstungsfabrik Valvo gehen und  
der getöteten Frauen gedenken.  
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Mittelallee,  
Bombenopfer-Mahnmal

#### Sa, 30. Juli, 13 Uhr (Abf.)

Sommerfest Heideruh, Beginn  
vor Ort: 14.30 Uhr. Rückfahrt ca.  
um 21 Uhr

Abfahrtsort: Tankstelle vor dem  
Bahnhof Dammtor (Moorweide).  
Bitte für die Mitfahrt im Bus im  
Landesbüro der VVN-BdA anmelden  
unter Tel. 040 / 314254 oder per  
Mail [vvn-bda.hh@t-online.de](mailto:vvn-bda.hh@t-online.de)

#### So, 31. Juli, 17 Uhr

Sterben für Madrid, von Frédéric  
Rossif, F 1963  
Ort: Kommunales Kino Metropolis,  
Kleine Theaterstr. 10

#### So, 31. Juli, 17 Uhr

»Altonaer Blutsonntag« – Kundgebung  
aus Anlass der ersten Justizmorde  
des Faschismus  
Ort: Hinterhof des Amtsgerichts  
Altona (Zugang über Gerichtsstraße)

#### Fr, 5. August 17-19 Uhr

Widerständiges Frauenleben: Inge-  
borg Rapoport (USA), Elke Wahls

(Frankreich), Steffi Wittenberg  
(Uruguay). Lesung über die Lebens-  
wege der Frauen, die durch ihre  
Erfahrungen in Nazideutschland  
und im Exil geprägt wurden.

Ort: Ohlsdorfer Friedhof, Bestat-  
tungsforum, Fuhlsbüttler Straße 758

#### Sa, 6. August

Kundgebung zum Hiroshima-Tag

#### So, 28. August, 17 Uhr

Wem die Stunde schlägt, von Sam  
Wood, USA 1943  
Ort: Kommunales Kino Metropolis,  
Kleine Theaterstr. 10

#### Do, 1. September

Antikriegstag

#### 2. - 4. September

Methfesselfest  
Ort: Else-Rauch-Platz

#### So, 11. September, 11 Uhr

Gedenkveranstaltung: »Menschen,  
wir hatten Euch lieb«. Blumen für  
unsere Toten zum Internationalen  
Gedenktag für die Opfer von Fa-  
schismus und Krieg.

Ort: Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain  
Hamburger Widerstandskämpfer

Prominente Frankfurter unterzeichneten einen Offenen Brief

# Plädoyers für eine Gingold-Straße

Zu den Unterzeichnern gehören die Professoren Micha Brumlik, Benno Ortmeier und Franz Segbers, die Vorsitzende des Fördervereins Fritz-Bauer-Institut, Jutta Ebeling, die Sozialwissenschaftlerin Elisabeth Abendroth, der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Meron Mendel, der Frankfurter DGB-Vorsitzende Harald Fiedler, die Theaterdirektoren Winfried Becker und Reinhard Hinzpeter, die SPD-Abgeordneten Ulli Nissen (Bundestag) und Turgut Yüksel (Landtag), der Vorsitzende des Landesausschusses Jüdischer Gemeinden und AWO-Geschäftsführer Jürgen G. Richter, der Landesvorsitzende der Naturfreunde, Jürgen Lamprecht, die langjährige Vorsitzende des Evangelischen Regionalverbandes, Esther Gebhardt, die Jazzer-Legende Emil Mangelsdorff sowie Rabbiner Andrew Steiman.

Initiiert wurde der Offene Brief anlässlich des 100. Geburtstages von Peter Gingold von der Ettie- und Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative. Adressiert wurde er an den Frankfurter Oberbürgermeister, an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtteil-Parlamente, die in Frankfurt »Ortsbeiräte« heißen und für die Namensgebung von Straßen und Plätzen zuständig sind.

## Würdigung des Engagements der Gingolds

Der Offene Brief knüpft daran an, dass Ettie und Peter Gingold im November 1991 im Frankfurter Römer wegen ihrer Leistungen im Kampf gegen den deutschen Faschismus mit der Johanna-Kirchner-Medaille ausgezeichnet wurden:

»Die so geehrten Frankfurter Antifaschisten, Juden, Kommunisten und Widerstandskämpfer (u.a. in der Zeit ihrer Emigration in der französischen Résistance) haben sich auch in der Zeit nach der Naziherrschaft sehr engagiert für Demokratie, Frieden, Freiheit und Völkerverständigung eingesetzt. Überall, wo es notwendig und angebracht war, traten sie neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Tendenzen und Umtrieben entgegen.

Am 8. März 2016 war Peter Gingolds 100. Geburtstag. In den letzten Jahrzehnten seines Lebens

Über vierzig Frankfurter und mit der Stadt verbundene Persönlichkeiten haben sich in einem Offenen Brief dafür ausgesprochen, einen Platz, eine Straße oder eine öffentliche Einrichtung nach den Antifaschisten Ettie und Peter Gingold zu benennen.



ist er als Zeitzeuge unermüdlich insbesondere vor Jugendlichen, in Schulen, Versammlungen und Veranstaltungen aufgetreten, um über seine Erfahrungen im Kampf gegen das Naziregime zu berichten und vor allem junge Menschen dafür zu motivieren, antidemokratischen und menschenverachtenden Tendenzen entgegenzutreten.

Ebenso wie mit seinem Widerstand gegen das Naziregime hat er damit sich nicht zuletzt auch um unsere Stadt verdient gemacht. Er war ein außergewöhnlich engagierter Antifaschist, dessen Auftreten und Verhalten auch bei Menschen anderer politischer Auffassung Achtung und Anerkennung fand.

Wir meinen, dass dies alles Anlass sein sollte, die herausragenden Verdienste von Ettie und Peter Gingold in angemessener und bleibender Weise zu würdigen. Das wäre möglich zum Beispiel mit der Benennung einer Straße, eines Platzes, einer Schule oder einer anderen öffentlichen Einrichtung nach Ettie und Peter Gingold.«

Abschließend betonen die Unterzeichner des Offenen Briefes:

»Wir wissen, dass Straßenbenennungen im Zuständigkeitsbereich der Ortsbeiräte liegen, sehen aber die Stadt Frankfurt in der Verantwortung, eine Möglichkeit zu schaffen, die-

sen beiden, über die europäischen Ländergrenzen hinweg bekannten und international ausgezeichneten Antifaschisten eine bleibende Ehrung zu erweisen.

In einer Zeit, da Ausländerhass und rassistische Anschläge auf Flüchtlingsheime zugenommen haben, könnte somit ein wichtiges Zeichen gesetzt werden, sich für menschliches Miteinander, für Frieden und Freiheit einzusetzen und erneut zutage tretenden Tendenzen von Menschenfeindlichkeit, Neonazismus und antidemokratischem Verhalten entgegenzutreten. Wir bitten Sie sehr, ein solches Gedenken in entsprechender Weise auf den Weg zu bringen und zu unterstützen.«

## Beachtung in den Medien und erste Gespräche

In der Frankfurter Presse fand die Initiative Beachtung (siehe Faksimile von drei Artikeln). Von einem Ortsbeirat wurde der Sprecher der Gingold-Erinnerungsinitiative, Peter Christian Walther, eingeladen, das Anliegen vor dem Gremium vorzutragen. Im Anschluss an Walthers Ausführungen gab es eine lebhaft Diskussionsrunde, in deren Verlauf sich die Mehrheit der Rednerinnen und Redner für die Unterstützung einer solchen Namensgebung aussprach.

Mit weiteren Ortsbeirats-Mitgliedern sind inzwischen Gespräche angegangen.

Unterstützung auch von Seiten des Frankfurter Oberbürgermeisters erhofft sich die Gingold-Initiative, nachdem Oberbürgermeister Peter Feldmann anlässlich der Matinee zum 100. Geburtstag von Peter Gingold an die Gingold-Erinnerungsinitiative schrieb:

»Peter Gingold war und bleibt ein beeindruckender Mensch, der sich immer mutig dem Faschismus in den Weg stellte. Insbesondere hier in Frankfurt am Main setzte er sich mit voller Überzeugung für ein demokratisches und antifaschistisches Deutschland ein...

Mit seinem Buch »Paris-Boulevard St. Martin No. 11« hat Peter Gingold viele Fragen durch seine persönlichen Erfahrungen beantwortet. Er wollte immer mit den Menschen im Gespräch bleiben. Ganz besonders wichtig war es dabei, junge Menschen einzubeziehen und ihnen die Lehren seines Kampfes gegen den Faschismus als Zeitzeuge zu vermitteln...

Damals wie heute ist es unerlässlich, dass wir mit allen Mitteln und Kräften gegen offenen und versteckten Faschismus und menschenverachtende Politik ankämpfen. Ich sage ganz deutlich, dass Antisemitismus und Rassismus keine legitimen Meinungsäußerungen sind, sondern Verbrechen.

Ich freue mich, dass die Ettie- und Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative den 100. Geburtstag von Peter Gingold aufgreift, um die Erinnerung an das wichtige Wirken des bekennenden Antifaschisten Peter Gingold wach zu halten und zu würdigen. Ich bin glücklich, dass er ein Sohn unserer Stadt ist.«

P.C. Walther

**Redaktion: P. C. Walther,**  
Landesverband der VVN-BdA Hessen,  
Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt  
a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

**Wir bitten um Spenden für den Landesverband!**

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen  
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02



Vor 70 Jahren in Hessen:

## Antifaschistischer Neubeginn

Am 24. und 25. August 1946 fand in Frankfurt am Main der erste Hessische Gewerkschaftskongress statt, auf dem Willi Richter zum ersten Landesvorsitzenden gewählt wurde. Das war der vorläufige Schlusspunkt der damaligen politischen Entwicklung hin zur Arbeitereinheit in Hessen.

In allen Teilen des neuen Groß-Hessen gab es unmittelbar nach der Befreiung politische Initiativen, die Organisationen der Arbeiterbewegung wieder aufzubauen – aber mit dem entscheidenden Unterschied, dass die Spaltung der Arbeiterorganisationen, die als entscheidende Schwäche der antifaschistischen Kräfte vor 1933 erkannt wurde, überwunden werden sollte. Hatte doch schon das »Prager Manifest« der SoPaDe von 1934 erklärt, die Gründe der Spaltung der Arbeiterparteien hätten sich selbst erledigt. Zahlreiche politische Erklärungen der Überlebenden von 1945 forderten die politische und gewerkschaftliche Einheit als Grundlage für einen antifaschistischen Neuanfang.

Die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei, die man vielfach auch in Hessen vor der Lizenzierung der Parteien diskutierte, wurde jedoch von der amerikanischen Besatzungsmacht prinzipiell untersagt. Einzig bezogen auf die Gewerkschaften gelang es, die

alte Spaltung zu überwinden, wie es schon im »Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses Kassel« vom 26. September 1945 hieß: Die neuen Gewerkschaften sollten ein »antifaschistisches Bollwerk« werden »in der Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten.«

Wie Zeitzeugen – unter ihnen Paul Krüger, Karl Kuba, Fritz Zängerle – berichteten, erhoben viele Delegierte auf dem Gründungskongress weitergehende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Forderungen, wie sie sich später auch im Artikel 41 (Sozialisierung der Schlüsselindustrie) der Hessischen Verfassung niederschlugen. Und so wurde die Gewerkschaft eine wichtige politische Kraft im Kampf um eine hohe Beteiligung und Zustimmung zur neuen Hessischen Landesverfassung.

**Ulrich Schneider**

## Ehrenbürgerin Trude Simonsohn



Trude Simonsohn ist trotz ihres hohen Alters – sie ist am 25. März dieses Jahres 95 geworden – noch immer eine der engagiertesten Zeitzeuginnen und Kämpferin gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

Als junge Jüdin wurde sie nach Theresienstadt und Auschwitz deportiert; die Eltern wurden ermordet. Nach der Befreiung durch die Rote Armee und dem Ende der Naziherrschaft engagierte sich Trude Simonsohn zusammen mit ihrem inzwischen verstorbenen Mann in der jüdischen Flüchtlingshilfe, als Sozialarbeiterin und in der Jüdischen Gemeinde Frankfurts. Bereits seit den 1970er Jahren ist sie als Zeitzeugin aktiv.

**pcw**



## Fortsetzung des »antifa Erzählcafé«: »Endlich reden«

Am 14. Juli liest Uschi Dossier im AWO-Zentrum Nordend (Eckenheimer Landstr. 93) aus den Jugend-Erinnerungen von Lilo Günzler. Beginn 18 Uhr. Damit setzt die Frankfurter VVN-BdA ihre Veranstaltungsreihe »antifa Erzählcafé« fort.

Lilo Günzler wurde 1933 in Frankfurt am Main als Tochter einer jüdischen Mutter geboren und erlebte so als »Mischling ersten Grades« die Schrecken der Naziherrschaft.

Die Mutter und ihr Bruder wurden nach Theresienstadt deportiert, von wo sie 1945 »kaputt an Leib und Seele« zurück kamen. Lilo blieb als Kind, zum Teil in Verstecken, in Frankfurt.

Über die Zeit der Naziherrschaft hat Lilo Günzler nie gesprochen, bis sie im Jahre 2000 durch eine Israel-Reise motiviert wurde, ihre Erlebnisse und Erfahrungen zu

Papier zu bringen. So entstand das Buch »Endlich reden«.

Lilo Günzler trat dann als Zeitzeugin und mit Lesungen aus ihrem Buch auf. Wie zur Bestätigung ihrer vorangegangenen Ängste erschien vor ihrer ersten Rede als Zeitzeugin eine Gruppe Rechtsradikaler im Gemeindesaal und schrie: »Alles Lüge!«

Die heute 83-jährige hat, wie sie sagt, ihr Buch für die Jugend geschrieben. Die Schilderung der Erlebnisse und Erfahrungen einer einfachen Familie während der Naziherrschaft soll dazu beitragen, dass Menschen dafür eintreten, dass es nie wieder zu solchen Verhältnissen kommt.



## Lehren aus dem Spanienkrieg

Berichte über den Spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 und daraus »Lehren für heute« stehen auf dem Programm der DGB-Veranstaltung »80 Jahre Kampf um Freiheit und Demokratie« am Mittwoch, dem 13. Juli 2016, um 19.00 Uhr im Saal B des Frankfurter DGB-Gewerkschaftshauses (Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77).

Angereichert mit Rezitationen und Gesang wird die Veranstaltung von Erich Schaffner.

Die VVN-BdA Frankfurt ist Unterstützerin der Veranstaltung zum 80. Jahrestag des Beginns des Spanischen Bürgerkrieges durch den Putsch des von General Franco angeführten Teils des Militärs, der zur fast 40-jährigen Franco-Diktatur führte.

## Lorenz Knorr wird 95

Einer der wenigen noch lebenden Widerstandskämpfer gegen den Faschismus ist unser Kamerad Lorenz Knorr in Frankfurt am Main.

Am 18. Juli 1921 in Eger/Cheb in Westböhmen geboren, war er bereits als junger Sozialist und später auch als Wehrmachtsangehöriger im antifaschistischen Widerstand. Nach Ende

des Krieges und der Naziherrschaft engagierte er sich in der Sozialistischen Jugend, war Bundessekretär der »Falken«, später Mitgründer der Deutschen Friedensunion (DFU). In den 90er Jahren war er einer der Bundessprecher der VVN-BdA sowie sehr engagiert, auch publizistisch, in der Friedensbewegung und als Zeitzeuge, bis ihn sein hohes Alter und sein Gesundheitszustand zur Ruhe zwangen.

Die Frankfurter und die hessische VVN-BdA gratulieren ihm sehr herzlich.

## Denkmal für Respekt und Toleranz in Dieppe/Frankreich eingeweiht

### Eine Idee macht Schule

Am 7. Mai 2015 war das Denkmal »Respekt und Toleranz« im VW-Werk Braunschweig eingeweiht worden, das Auszubildende des Werkes gebaut hatten. Als im Juli 2015 eine Delegation aus Dieppe (Normandie) in Braunschweig war und das Denkmal sah, war sofort die Idee geboren, ein eben solches Denkmal in Dieppe aufzustellen.

Daniel Evrard, Vorsitzender des Vereins ANACR (zur Erinnerung an die Widerstandstätigkeit in der Résistance) sprach Lehrer eines beruflichen Gymnasiums in Dieppe an, die Metallfachleute ausbilden. Er selbst hatte seine Ausbildung als Kunstschmied dort erhalten. Der Betriebsrat in Braunschweig

gab sein Einverständnis und stellte die Baupläne des Denkmals zur Verfügung.

Am 8. Mai 2016 wurde in Dieppe im Rahmen der jährlichen Gedenkfeier der Stadt zum Tag der Befreiung das zweite Denkmal »Respekt und Toleranz« eingeweiht. Es steht im Park François Mitterrand hinter dem

Rathaus. Die Stadt wird es, wie die anderen Denkmäler an diesem Ort auch, pflegen. Die offene Tür, die das Denkmal symbolisiert, sei ein Zeichen für eine offene solidarische Gesellschaft und für ein offenes Europa, und zugleich auch ein Zeichen gegen Rassismus und Krieg – so der Tenor während der Einweihung. Die Rede schloss mit den Worten: »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.«

Leider hat Daniel Evrard, der sich für diese Idee so eingesetzt hat, diesen Tag nicht mehr erlebt: Er starb am 28. März im Alter von 59 Jahren an den Folgen seiner Krebserkrankung. **Stefan Hölzer**

DGB-Kreisvorsitzender, ging in seiner Rede auf das Potsdamer Abkommen ein. Darin heißt es: »Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet.« Auch das Grundgesetz in Artikel 139 folgt diesem Grundsatz, dass neonazistische Organisationen nicht verboten werden müssen, weil sie schon verboten sind. Sie müssen aufgelöst werden. Raabe-Lindemann zitierte Willy Brandt, der in seiner Rede beim Beitritt der Bundesrepublik 1973 zur UNO betonte, dass genau diese Bestimmungen noch Gültigkeit haben.

Nach der Niederlegung der Blumen und Gebinde beendete Klaus Perger die sehr gelungene Veranstaltung mit seinem dritten Antikriegslied.

Bereits am Vorabend des Tages der Befreiung hatte die VVN-BdA Peine in Kooperation mit dem Rosa Luxemburg Club den ergreifenden Film »Mut zum Leben – die Botschaft der Überlebenden von Auschwitz« gezeigt, in dem vier ehemalige Häftlinge porträtiert werden. Die rund 20 Anwesenden zeigten sich tief beeindruckt von dem Lebensmut, der unzerstörten Hoffnung und tiefen Mitmenschlichkeit der Überlebenden.

**Peter Baumeister**

## Im Bündnis gegen Rechtspopulismus und Neonazismus

### Peine begeht den Tag der Befreiung

Der »Tag der Befreiung« wurde auch in diesem Jahr würdig am Ehrenmal im Peiner Herzberg begangen. Kreisvorsitzender Peter Baumeister wies vor den etwa 70 Anwesenden auf die Wahlerfolge der AfD hin und forderte dazu auf, sich inhaltlich mit den Positionen auseinanderzusetzen



Foto: Clemens Hüther

Rund 70 Anwesende gedachten am 8. Mai am Ehrenmal am Peiner Herzberg der Befreiung vom Faschismus.

Da geht es um Hetze gegen Muslime, wo wir uns für Religionsfreiheit einsetzen, oder um das Schüren von Vorurteilen gegen Lesben und Schwule, wo wir hart um eine gesellschaftliche Gleichstellung ringen. Die AfD will zurück zur Atomkraft und die Erbschaftssteuer kappen, was Steuergeschenke für Reiche bedeutet. Peter Baumeister verurteilte auch die Aussagen von Frauke Petry und Beatrix von Storch, wenn sie den Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge fordern.

Die stellvertretende Landrätin Eva Schlaugat wies in ihrem Grußwort darauf hin, dass sich als Folge der Wirtschafts- und Eurokrise ein neuer Nationalismus, Ressentiments gegenüber anderen Staaten und Rechtspopulismus breitgemacht haben. Sie stellte klar: Der Landkreis Peine ist weltoffen und mitmenschlich und bietet allen, gleich welcher Herkunft oder Konfession, ein Zuhause. Weiter sagte sie: »Ich möchte allen Einzelpersonen und Initiativen danken, die sich bei uns

gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und für die Wahrung unserer Werte engagieren.«

Peines Superintendent Dr. Volker Menke zitierte Albert Schweitzer, der sich »für eine Ehrfurcht vor dem Leben« einsetzte. Er lobte das Engagement und die Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern, die sich genau für diese »Ehrfurcht« positionieren. Volker Menke stellte fest: »Wenn Menschen und Gruppierungen mit dem Anspruch antreten, »wir sind das Volk«, nur eine Stimme zählt, die eigene, ist das Fundamentalismus, der schlimme Folgen annehmen und böse Konsequenzen zeitigen kann.« Dem setzte er die Aussagen des Grundgesetzes entgegen,

denn die Würde des Mitmenschen ist unantastbar. Was man sich selber zubilligt, gelte auch für alle anderen. Frank Raabe-Lindemann,

### »Antifaschistischer Widerstand in Europa«

### Am geschichtsträchtigen Ort

Vom 18. bis zum 27. Mai zeigte die Landesvereinigung der VVN-BdA in Zusammenarbeit mit dem ver.di-Bildungswerk die Ausstellung »Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922–1945« als Beitrag zur »Woche gegen rechts«, die auf Initiative der Landeshauptstadt bis zum 3. Juni stattfand.



Foto: Jörg Meinke

Die viersprachige umfangreiche Ausstellung wurde bereits in verschiedenen Hauptstädten Europas präsentiert. Eröffnet wurde sie von Reinhold Weismann-Kieser (VVN-BdA), Grußworte sprachen Bürgermeister Thomas Hermann und die stellvertretende Regionspräsidentin Angelika Walther. Dabei wurde auch auf die enge Beziehung des Ausstellungsortes selbst zur Geschichte des Widerstandes in Hannover hingewiesen: Theodor Lessing, gemeinsam mit seiner Frau Ada Gründer der Volkshochschule, ein bedingungsloser Aufklärer und Kritiker Hindenburgs, wurde vom braunen akademischen Mob durch die Straßen gejagt und nach seiner Emigration durch Nazischergen in Marienbad feige ermordet. Auch seine Frau wurde in die Emigration gezwungen.

FIR-Generalsekretär Dr. Ulrich Schneider gab eine Einführung in die Ausstellung. Ehrengäste waren die beiden Überlebenden faschistischer Vernichtungslager Salomon Finkelstein und Henry Korman sowie das Ehrenmitglied unserer Landesvereinigung Ruth Gröne. Die Gruppe »Agitprop Hannover« sang und spielte traditionelle Lieder des Widerstands. Zum Abschluss der Ausstellung am 27. Mai spielte Ramons Gitarrenduo, Sinti aus Hildesheim, Swingstandards im Stil von Django Reinhardt. **rwk**



Gedenken in Esterwegen – Vergangenheit reicht in die Gegenwart hinein

# Eine internationalistische Veranstaltung

Anlässlich des Tages der Befreiung vom Faschismus fand am 7. Mai eine beeindruckende Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof Bockhorst/Esterwegen statt. Veranstalter war die »Deutsch-Niederländische Initiative 8. Mai«. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, mit der alljährlichen Veranstaltung auf der Begräbnisstätte der Opfer des Faschismus zu gedenken und gleichzeitig gegenwärtige undemokratische und neofaschistische Entwicklungen sowie Kriege zu benennen und anzuklagen.

## Das Vermächtnis weitertragen

Auf dem Gelände sind 1.315 Opfer der Nazi-Barbarei begraben, Häftlinge der Emslandlager Börgermoor, Aschendorfermoor, Brual-Rhede, Walchum, Neusustum, Oberlangen und Esterwegen. Politische Gegner wie der Kommunist und spätere Oberbürgermeister Ostberlins, Friedrich Ebert, Sohn des gleichnamigen Reichspräsidenten, der Nobelpreisträger Carl von Ossietzky, aber auch Kriegs- und Strafgefangene waren hier unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt. »Flucht wird nur das Leben kosten, vierfach ist umzäunt die Burg« heißt es im berühmten »Moorsoldatenlied«, das 1933 im Lager Börgermoor entstand. Davon erzählte auch Christel Pieper, Tochter eines ehemaligen Moorsoldaten. Sie berichtete über ihren Vater, der als politischer Häftling bis 1934 im Straflager Börgermoor und von 1939 bis 1945 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Flossenbürg eingesperrt war. Sie sah sich lange als »Zeugin der Zeitzeugen«, aber heute ist es ihr ebenso wichtig, über die erneute Verfolgung von Antifaschistinnen und Antifaschisten in der BRD zu berichten, die oft vor denselben Richtern und Staatsanwälten standen, die schon in der Zeit des Faschismus Unrecht gesprochen hatten. Stolz ist sie auf ihren Vater, »einen Werft-



7. Mai 2016: Gedenken auf dem Friedhof Bockhorst/Esterwegen aus Anlass des Tages der Befreiung. In der ersten Reihe (Mitte, von links): Rolf Becker, Christel Pieper, Matthys Droge

arbeiter, Laienspieler, Zuchthäusler, KZ-Häftling und Kommunisten, der mit seinem aufrechten Gang und seiner Ehrlichkeit mir Humanismus und Freiheitsliebe vorgelebt hat.« Mit Hilfe des von ihr mitbegründeten Netzwerkes »Kinder und Enkel von Widerstand und Verfolgung« möchte sie die Erinnerung an den Widerstand bewahren und weitertragen.

## Faschismus unmöglich machen

Einen weiten Bogen schlug der Schauspieler Rolf Becker in seiner beeindruckenden Rede. Er würdigte die länderübergreifende und langjährige Arbeit der Initiative 8. Mai. »Der finsternen Zeiten zu gedenken« (Brecht) sei wichtig und notwendig, um die Gegenwart zu verstehen, und denen erneut entgegenzutreten, die die Geschichte verleugnen. Er berichtete von seinen Kindheitserfahrungen in einem kleinen Dorf in der Nähe Hamburgs. Dort führte eine Eisenbahnstrecke vorbei, die von Häftlingen aus dem KZ Neuengamme gewartet wurden. Als Kind sah er die Fluchtversuche der Häftlinge, deren Misshandlung und Erschießung durch die SS. Nach dem Krieg wollte im Dorf und im Rest der BRD niemand von den Gräueltaten gewusst haben.

Damit kam er auf die derzeitigen Verhältnisse zu sprechen.

Europaweit profitieren rechtspopulistische und faschistische Parteien von der sozialen Unsicherheit und Ungerechtigkeit in Europa. Verantwortlich dafür ist das profitorientierte System, getragen von

blutig niedergekämpft worden. An die Adresse der Gewerkschaften richtete Rolf Becker die Mahnung, dass sie erst dann wieder stark sein werden, wenn sie sich nicht mehr an einer Partei, sondern an den Interessen ihrer Mitglieder orientieren. Mehrfach wurde seine Rede von begeistertem Beifall unterbrochen.

## Überleben durch Internationalismus

Viele ehemalige Lagerinsassen konnten den Terror der Faschisten nur überleben, weil sie untereinander solidarisch waren. Beispiele dafür sind die internationalen Lagerkomitees in Buchenwald und Sachsenhausen. Diese internationale Solidarität der Häftlinge untereinander hob auch Matthys Droge, Vorsitzender der Sektion Groningen der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande, hervor. Den Geist der »grenzenlos internationalen Solidarität« brachten zur Zeit der Emslandlager die Groninger Kommunisten und Antifaschisten geflohenen Häftlingen und anderen politischen Flüchtlingen entgegen. Dies gehört zu den besten Traditionen des niederländischen Widerstandes. Genau wie in der BRD wird allerdings in den Niederlanden von offizieller Seite das Gedenken an den 8. Mai 1945 zunehmend verwässert. So wird dieser Tag dazu benutzt, aller Kriegstoten zu gedenken, einschließlich der Gefallenen in den niederländischen Kolonialkriegen. Dem muss mit aller Macht widerstanden werden.

Beeindruckend an dieser Gedenkveranstaltung war ihr internationalistischer Charakter, die vielfältige Würdigung des antifaschistischen Widerstandes, die Kritik an der offiziösen Gedenkpraxis in Deutschland sowie die Verbindung zur Gegenwart, denn »Gedenktage sind ohne Sinn, wenn sie nicht in Gegenwart und Zukunft hineinreichen« (Ernst Thälmann).

Der Chor »De Volksstimm« aus Groningen und viele Infostände rundeten das Programm der Veranstaltung ab. Am Ende wurde gemeinsam das »Moorsoldatenlied« auf Niederländisch und Deutsch gesungen. Auf den Gräbern der Ermordeten wurden rote Nelken niedergelegt.

Jörg Lorenz,

VVN-BdA Kreisvereinigung Hannover

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an [mtb-niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:mtb-niedersachsen@vvn-bda.de) VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: [niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:niedersachsen@vvn-bda.de). Redaktion: Michael Rose-Gille

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

Mit Erinnerungsarbeit in die aktuellen Kämpfe eingreifen

## **NRW-VVN-BdA: Gegen AfD und Rassismus**

»Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik«, das war das Thema des außerordentlichen Bundeskongresses der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Ende Mai in Bochum. Er wurde nun vom gastgebenden Landesverband NRW ausgewertet und als besonders erfolgreich angesehen.



Foto: r-mediabase – jochen vogler

Der Landesausschuss war sich einig: Der Kongress war qualitativ ein Fortschritt. Statt endloser Reden gab es ein worldcafé, die Präsentation von Erinnerungsprojekten und regionale Diskussionen über deren Anwendung. Landessprecher Jochen Vogler fasste zusammen: »Es bleibt notwendig, den Blick und die Deutung der Geschichte aus der Perspektive des Widerstands gegen Krieg und Faschismus zu bewahren und weiter zu entwickeln.«

Heute soll das Werk der Zeitzeugen fortgesetzt werden, indem die »Zeugen der Zeitzeugen« an ihrer Stelle wirken. Verortung von Geschichte bleibe möglich, so mit den Aktionen wie Spurensuche nach den Täterorten (auch denen der ökonomischen Täter) und mit Stolpersteinen für die Opfer. Besonders die Verbrechen der Familie Quandt soll künftig in den Fokus geraten. Dabei gilt es, neue Medien und Intermedialität der

Geschichtsvermittlung (Präsenz im Internet und interaktive Angebote) anzuwenden.

### **Landesausschuss: »breite Bündnisse«**

Aktionen mit Bündnissen gegen Kriege und Rüstung sowie gegen AfD und Rassismus sind künftig Schwerpunkte der Arbeit des VVN-Landesverbandes im bevölkerungsreichsten Bundesland. Irritationen über Reserviertheit unter Linken gegenüber breiten Bündnissen

und Angeboten zur Aktionseinheit unter Einbeziehung von Sozialdemokraten und Grünen wurden erörtert, und es wurden die Festlegungen zu breiten Bündnissen durch die VVN-BdA bekräftigt. »Train the Trainer« ist das Mot-

to der umfassenden Ausbildung von Stammtisch-Kämpfern und -Kämpferinnen zur Auseinandersetzung mit der AfD. Diese müsse gestoppt werden, soll es nicht eine unabwendbare, anhaltende Rechtsentwicklung geben. Begrüßt wurde der Aufruf zur Kampagne und zu den Regionalkonferenzen gegen Rassismus im Bundesland.

Friedensaktionen am 3. Oktober, dem alternativen Nationalfeiertag, sollen in Kalkar am Niederrhein und in Essen veranstaltet werden. Es geht gegen das Drohnenkriegs-kommandozentrum in Kalkar, das dort eingerichtet wird. Die Landesregierung soll sich endlich dagegen positionieren.

Zwiespältig wurde der Naziaufmarsch »Tag der deutschen Zukunft« am 4. Juni 2016 in Dortmund bewertet. Es standen sich in Dortmund 6.000 Polizisten und 900 Nazis auf

**Der 70. Jahrestag der VVN-BdA von NRW soll am 29. Oktober im Düsseldorfer ZAKK gefeiert werden. Ein ansprechendes Programm ist in Vorbereitung. Ziel ist es, viele neue Mitglieder zu gewinnen. Bitte unbedingt den Termin vormerken. Und auf [www.nrw.vvn-bda.de](http://www.nrw.vvn-bda.de) auf dem Laufenden bleiben.**

der einen Seite und viele tausend Protestierende andererseits entgegen. Die Nazis kamen durch, dank der Polizei, die deren »Versammlungsrechte« höher bewertete als die Grundrechte der Demokraten. Bündnisarbeit soll verstärkt im Landesverband erörtert werden, um Lehren aus

dem 4. Juni in Dortmund und aus dem Start des »Aufstandes gegen Rassismus« zu ziehen. Und auch aus dem 1. Mai in Bochum, wo bei einem Naziaufmarsch ähnliche Erfahrungen zu machen waren: Mit brachialer Gewalt und bisher nicht gekannter Hetze der Polizei gegen die Antifaschisten wurde den Nazis der Weg gebnet. **U.S./G.G.**

## **Zum 75. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion**

### **Gegen deutsche Soldaten an russischer Grenze**

**Die VVN-BdA Velbert/Niederberg formierte sich neu und erinnert zunächst an das Leid der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Sie rief zur Gedenkveranstaltung am 22. Juni auf:**

»22. Juni 1941 – Hitler-Deutschland überfällt die Sowjetunion. Das sogenannte »Unternehmen Barbarossa« bedeutete Massenmord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dies bezahlten 27 Millionen Sowjetbürgerinnen und -bürger mit ihrem Leben – als Soldaten, Zivilisten, Opfer von Massenerschießungen, Juden, KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter/-arbeiterinnen – unter anderem auch hier in Nie-

derberg und speziell in Velbert!« Es wird daran erinnert: »Neben den getöteten Soldaten und der umgebrachten Zivilbevölkerung der von der Hitler-Wehrmacht überfallenen Länder im Zweiten Weltkrieg hatten vor allem die in der heimischen Rüstungswirtschaft eingesetzten Zwangsarbeiter/-arbeiterinnen und Kriegsgefangene große Schikanen, Elend und Leid zu ertragen. Viele von ihnen starben an Hunger und Entkräftung, wurden bei Erkrankung

nicht ausreichend medizinisch versorgt, galten als »Untermenschen« und wurden so behandelt – auch in den niederbergischen Städten wie Velbert.«

In der Dokumentation »Velbert unterm Hakenkreuz« von 1983, die nun wieder herausgegeben wurde, heißt es dazu: »Die Rekrutierungen der Zwangsarbeiter in den unterjochten Ländern arteten ... in regelrechte Menschenjagden aus, die von der Polizei, der Gestapo und SS durchgeführt wurden und bei denen man alles rekrutierte, was halbwegs arbeitsfähig schien – Kinder, Alte und Kranke wurden nicht verschont.«

Übrigens: Schuld und Sühne dieser angezeigten Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfolgten nur in bisher wenigen bekannten Fällen, eine Wiedergutmachung bis heute kaum. So zahlte unseres Wissens lediglich eine größere Fabrik aus Heiligenhaus einen namhaften Betrag in die Stiftung für Ausgleichszahlungen deutscher Betriebe an ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen.

Das alles müsste eigentlich Grund genug sein, das Schicksal dieser Menschen nicht »unter den Teppich des Verdrängens und Vergessens« zu kehren, und erst recht nicht, heute – 75 Jahre nach dem Überfall auf die UdSSR – wieder deutsche Soldaten im Zuge der »NATO-Ostpräsenz« an die russische Grenze zu schicken!

**Hans-Werner und Rainer**



Mit Musik und Kultur einen Punkt gegen PEGIDA setzen:

# Initiative »Duispunkt« macht Schlagzeilen

Jeden Montag um 18.30 Uhr erschallt Musik von einer mobilen Bühne jeweils eine Stunde lang über die Duisburger Bahnhofsplatze. Auf der einen Seite kommen die Besucher des Duispunkts und die Antifaschistinnen und Antifaschisten des Bündnisses »Duisburg stellt sich quer« zusammen. Auf der anderen Seite sammeln sich Pegida und Neonazis aus ganz NRW zum Aufmarsch gegen Demokratie, Fortschritt und kulturelle Offenheit.



StattChor Duisburg und der Chor Alegría Cantar aus Gladbeck am 4. April 2016 bei »Duispunkt«

Schon zum 20. Mal sind am 20. Juni in Duisburg vor dem Hauptbahnhof Künstlerinnen und Künstler unentgeltlich aufgetreten, diesmal sind es die DJs von »Silberfuchs Connection«.

Am 13. Juni spielte der bekannte syrische Pianist Aeham Ahmad auf, der sich mit seinen Liedern und Konzerten für den Frieden in Syrien einsetzt. Klaus, der Geiger und Frank Bayer, die Gruppe »Heimatlos«, die Punkband »Kochkraft durch KMA«, die beiden Chöre StattChor Duisburg und Alegría Cantar aus Gladbeck waren neben vielen anderen Künstlerinnen und Künstlern ebenfalls zu sehen und zu hören. Ob Jazz, Folk, Punk, Klassik oder politische Lieder – alles ist vielfältig vertreten und zeigt, dass die Musikszene in Duisburg sich gegen Pegida positioniert und auf Gage verzichtet, damit die Konzerte stattfinden können. Die Termine sind bis Dezember vergeben. Die Konzerte werden veranstaltet von der Kulturinitiative »Duispunkt«, die damit die montäglichen Aktionen

von »Duisburg stellt sich quer« gegen Pegida unterstützt. Die Bühne und das Equipment stellt die Stadt Duisburg zur Verfügung. Leider gibt es sonst kaum öffentliche Unterstützung durch die Stadt. Nach den Konzerten setzt »Duisburg stellt sich quer« das Kulturprogramm fort.

Luise Hoyer und Eckart Pressler hatten die Idee zu Duispunkt und können diesen mit Hilfe von Spenden realisieren. Mittlerweile ist der antifaschistische Kulturtreffpunkt bekannt und notwendig, denn Pegida marschiert jeden Montag durch die Innenstadt. Und die Polizei rückt immer näher an die antifaschistischen Kräfte heran.

Die VVN-BdA Duisburg unterstützt Duispunkt und beteiligt sich auch in Form von Redebeiträgen, Liedern und Rezitationen an dem Programm von »Duisburg stellt sich quer«.

Ähnlich wie in Duisburg durfte in Düsseldorf bis vor einem Jahr Woche für Woche eine sich Dügida nennende Nazi-Truppe öffentlich betätigen. Wie in Duisburg setzten sich die Antifaschisten erfolgreich dagegen zur Wehr. Jürgen Schuh (VVN-BdA-Vorsitzender in Düsseldorf) kommentierte: Montag für Montag schützt die Düsseldorfer Polizei mit einem Aufgebot von ca. 1.000 bis 1.200 Polizisten und Polizistinnen eine Zusammenrottung von max.

## Regionales Personenlexikon Forschungsergebnisse im Netz

Die VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein stellte jetzt ihr jüngstes Internetprojekt der Öffentlichkeit vor: Das Personenlexikon zum Nationalsozialismus in Siegen und Wittgenstein.

Das Projekt basiert auf den Erkenntnissen der jahrzehntelangen Forschungen von Dr. Ulrich Oppermann zum Nationalsozialismus in der Region. Er hielt auch den Vortrag zur Präsentation des Projektes. Zu den am besten erforschten Themen der Zeitgeschichte dürfte die NS-Geschichte gehören – auf der Ebene der allgemeinen Geschichte. Im Regionalen sieht es anders aus, zumal dann, wenn es um die große Vielfalt der Akteure geht, die dem Naziregime begeistert, freundlich oder auch nur aus einem eigenen privaten Interesse zuarbeiteten. Dazu gibt es seit einiger Zeit im Internet und bezogen auf den heutigen Kreis Siegen-Wittgenstein ein Regionales Personenlexikon: <http://akteureundtaeterimnsinsiegen-undwittgenstein.blogspot.de/>. Es umfasst etwa 2.000 Biografien. Es geht um Handlungsträger mit

besonderer Bedeutung im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben, um Personen mit Ausstrahlungskraft, die der Region zuzuordnen sind – sei es im Dorf oder in der Stadt, sei es im Beruf, im Sport oder in den damaligen Organisationen. Ob und inwiefern Schuldzuweisungen gerechtfertigt sind, damit beschäftigt sich das Lexikon nicht. Das wäre auch oft nicht so einfach, denn da gibt es – um die Breite der Möglichkeiten anzudeuten – den »eisernen« Sonderrichter, der der NSDAP nie beitrug, und den NS-Bürgermeister und Ortsgruppenleiter, der sich schützend vor die zu deportierenden Sinti-Nachfahren in seinem Ort stellte. Und es gibt eine Vielfalt dazwischen. Das Lexikon fragt auch danach, was die Entnazifizierung erbrachte und was ihr folgte.

VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein



50 bis 80 ausgewiesenen neofaschistischen Schlägern. Attackiert und festgenommen werden Antifaschisten und Antifaschistinnen, die sich diesem Mob in den Weg stellen.

»Deutsche Polizisten schützen die Faschisten«, schallt mit Recht den vom Staat missbrauchten Beamten

entgegen. Der Polizeipräsident Weseler sagt: Es geht um den Schutz des hohen Rechtes der Versammlungsfreiheit. Dummes Zeug. Bei linken Demonstrationen wird der »Schutz des hohen Rechtes der Versammlungsfreiheit« ganz anders bewertet.

Christa/Doris

Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: [nrw@vvn-bda.de](mailto:nrw@vvn-bda.de); [www.nrw.vvn-bda.de](http://www.nrw.vvn-bda.de).  
Unser Spendenkonto: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

## Siebenter Sachsenburger Dialog stellt Spanienkämpfer in den Mittelpunkt

### Von Sachsenburg nach Barcelona

Die Lagerarbeitsgemeinschaft »KZ Sachsenburg e. V.« lud vom 3. bis 5. Juni 2016 wieder zum Dialog und Gedenken ein.

Anlässlich des ersten Zählapells der Häftlinge im KZ Sachsenburg im Jahr 1933 findet in jedem Jahr ein Gedenkwochenende in Franken-berg und Sachsenburg statt. In diesem Jahr widmete sich die Lagergemeinschaft denen, die nach ihrer Entlassung aus der Haft nach Spanien gingen, um der Republik beizustehen, die durch einen Putsch in ihrer Existenz bedroht war. Deshalb standen die Tage unter der Überschrift: »Von Sachsenburg nach Barcelona«.

Wichtiges Anliegen der Lagergemeinschaft ist es, das Gedenken an die Opfer gestern mit dem Heute zu verknüpfen. Am Sonnabend war Mathis Oberhof aus Wandlitz als Gast zum Dialog geladen. Oberhof

gründete in Wandlitz die »Welcome-Initiative« für Asylsuchende. Über die Gegner, aber auch die Helfer schrieb er ein Buch. Er erzählte, wie sich die Bürger von Wandlitz nach längerem Bedenken wandelten und sie eine Willkommenskultur entwickelten, die alle mittragen können. Und wie sie es schafften, dass Nazis keinen Platz in ihrem Ort bekommen.

Nach der Mittagspause zeigte Regisseurin Susanne Sterzenbach ihren Film »Spaniens rote Sonne«, in dem auch ein ehemaliger Häftling des KZ Sachsenburg interviewt wurde. Er war ein Geflohener – ein »Refugee«. Insgesamt sind elf ehemalige Häftlinge aus Sachsenburg bekannt, die in Spanien waren und

dort gegen die Faschisten kämpften. Der Sonntag wird jeweils als Tag des Erinnerns und Gedenkens an die Opfer begangen. Mitglieder der LAG bieten Führungen über das Gelände und Ausführungen zur geplanten Gedenkstätte in Sachsenburg an. Um 14.30 Uhr wurden Blumengebinde am Denkmal niedergelegt. Der Bürgermeister der Stadt Franken-berg, Thomas Firmenich (CDU), rief in seiner Gedenkrede alle Demokraten auf, den immer frecher werdenden Neonazis energisch entgegenzutreten. Harald Wittstock (»Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939«) erinnerte an die Vielen, die dem Ruf zur Verteidigung der demokratisch gewählten spanischen Regierung folgten – darunter aus Deutschland. Es war die größte Solidaritätsbewe-



Wolfgang Engel führt durch Ausstellung  
Foto: Jan Krüger

gung, die es je gab. Er mahnte, auch heute den Gedanken der Solidarität weiter zu tragen. Zum Abschluss wurde das biographische Lexikon »Sie werden nicht durchkommen« über Deutsche an der Seite der Spanischen Republik durch die Autoren Dr. Werner Abel und Enrico Hilbert vorgestellt.

Es waren gute Tage, und wir laden schon jetzt zum 8. Sachsenburger Dialog am ersten Wochenende im Juni 2017 ein.

Wolfgang Engel, Chemnitz

Es wird immer ein Tag der Befreiung bleiben

### Der 8. Mai in Chemnitz

Über 100 Jugendliche, Frauen, Männer aus Chemnitz und Umgebung gedachten am 8. Mai des Tages, der vor 71 Jahren der Gräu- el der faschistischen Barbarei ein Ende bereitete.

Alte und Junge unterschiedlicher politischer, religiöser Anschauungen und aus verschiedenen Ländern

waren gekommen, um diejenigen zu ehren, die auf dem sowjetischen Friedhof am Chemnitzer Richterweg ihre letzte Ruhe gefunden haben. Soldaten, Zwangsarbeiter und Zivilisten, darunter viele Kinder, haben den Tag der Befreiung nicht mehr

erlebt oder sind unmittelbar an Kriegsverletzungen oder den Folgen von Zwangsarbeit verstorben.

Kriege sind immer Tragödien, in den Tagen der Niederlage wie in den Tagen des Sieges. Der Zweite Weltkrieg forderte bis zur letzten Stunde, bis zum letzten Schluss über 50 Millionen Opfer, darunter 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion. Dieser Krieg kehrte dorthin zurück, wo er begonnen hatte. Schon mit der Hetze der Faschisten

gegen Andersdenkende in den 1920er Jahren und der Machtübergabe an die Nazis im Januar 1933 war ab-

sehbar, wohin das führen würde. Die zwölfjährige Gewaltorgie war begleitet vom Holocaust und der grausamen Vernichtung von Kindern und Erwachsenen aus vielen Ländern Europas in eigens dafür geschaffenen Konzentrationslagern.

Aus tiefstem Herzen ist den Menschen zu danken, die unter Einsatz ihres Lebens Europa und auch uns vom Faschismus befreit haben. Erinnern wir uns und ehren wir sie, indem wir uns denen entgegenstellen, die schon wieder menschenverachtende Parolen skandieren und Häuser anzünden, aber auch jenen, die Krieg als Mittel der Wahl zur Konfliktbewältigung nutzen.

**Thiemo Kirmse, Vorstandsmittglied VVN-BdA und Stadtvorstand Die Linke Chemnitz**



Foto: Jonny Michel

Treffen der VVN mit Linksfraktion

### Mehr Gedenkstättenarbeit

Es gehört zur Arbeitsweise des Landesvorstandes Sachsen der VVN-BdA, sich zu verschiedenen Fragen und Problemen mit Mitgliedern des sächsischen Landtages zu beraten – sowohl individuell als auch in Gruppengesprächen. Mitte Juni war der Sprecherrat zu Gast beim Fraktionsvorstand der Linksfraktion.

Die Erste Sprecherin, Regina Elsner, informierte über die Situation im sächsischen VVN-Landesverband. Schwerpunkte waren die Mitgliederentwicklung, die kürzlich von der Landesdelegiertenkonferenz verabschiedeten Aufgaben und ihre Realisierung sowie die Gedenkstättenarbeit und Gedenkkultur. Letzteres stand dann auch im Mittelpunkt des einstündigen Gesprächs.

MdL Klaus Bartl verwies auf die Schwierigkeiten, vor denen die Stiftung Sächsische Gedenkstätten mit der Pflege von zwei sehr unterschiedlichen Traditions- und Erinnerungslinien steht. Beide Linien seien berechtigt, aber einer Gleichsetzung von Nazi-herrschaft und SBZ/DDR müsse immer wieder entschieden entgegen getreten werden. Von Seiten der VVN-BdA wurde darauf hingewiesen, dass 85% der Fördermittel der Stiftung für die Unterhaltung und Pflege des

Gedenkens an die Opfer der »SED-Diktatur«, aber nur 15% für den Erhalt von Erinnerungsstätten an die Zeit des NS-Regimes aufgewendet werden. Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt verwies auf die Selbständigkeit der Stiftung, der keine Weisung erteilt werden kann. Er bot an, in dieser Frage gemeinsam zu handeln. Es gelte, die am 10. Juni 2016 in Kraft getretene Förderrichtlinie der Stiftung »Zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft« für bürgerschaftliches Engagement zu nutzen.

Peter Giersich, Auerbach/V.

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion:  
Landesverband Sachsen des VVN-BdA,  
Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel.  
0351/4901903 E-Mail: [vvn-bda-sachsen@t-online.de](mailto:vvn-bda-sachsen@t-online.de) oder [vvn-vogtland@t-online.de](mailto:vvn-vogtland@t-online.de)

Spendenkonto: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02